

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Verdienst der Frauen in Prozent des Verdienstes der Männer 1999 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen im verarbeitenden Gewerbe



Inhalt

Mutterschaft im Spiegel der Statistik	89	Informationen zum Themenkreis Mutterschaft gehen aus der Geburten-, der Todesursachen-, der Schwangerschaftsabbruch- und der Krankenhausdiagnosestatistik hervor. 1998 kamen insgesamt 39 813 Kinder, davon 174 tot, zur Welt; gut 14 % waren uneheliche Kinder.
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 1998 – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe –	100	Mit den Ergebnissen des 1. Halbjahres 1998 liegen wieder neue Angaben aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vor. Größter Posten auf der Seite der monatlichen Ausgaben ist für die Haushalte der Bereich Wohnen; die Aufwendungen für Nahrungsmittel und Getränke sind weiter rückläufig.
Kurzbeiträge	106	Verdienste im produzierenden Gewerbe 1999
	110	Strombilanz 1998 für Rheinland-Pfalz
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

1998 rund 39 800 Geburten und 4 700 Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 1998 wurden von 39 166 Rheinland-Pfälzerinnen insgesamt 39 813 Kinder geboren; 623 Frauen brachten Zwillinge bzw. Drillinge zur Welt. Rund 65 % der Mütter waren zwischen 25 und 34 Jahre alt, jeweils rund 17 % jünger bzw. älter. Von den 34 106 ehelich lebendgeborenen Knaben und Mädchen war fast die Hälfte erstes Kind der Ehe, nur sehr wenige hatten zum Zeitpunkt der Geburt bereits mehrere Geschwister.

174 der insgesamt 39 813 Knaben und Mädchen wurden tot geboren. 169 lebendgeborene Säuglinge verstarben im Laufe ihres ersten Lebensjahres. Häufig waren zu niedrige Geburtsgewichte bzw. extreme Unreife sowie angeborene Fehlbildungen, Deformationen und Chromosomenanomalien ursächlich für den frühen Tod. Im Berichtsjahr 1998 verstarben zudem vier Frauen an den Folgen von Schwangerschafts- bzw. Geburtskomplikationen.

In deutschen Arztpraxen und Krankenhäusern wurden 1998 legal insgesamt 4 716 Schwangerschaften rheinland-pfälzischer Frauen vorzeitig beendet. Der weit überwiegende Teil dieser nach § 218a StGB vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche erfolgte auf der Basis eines Beratungsscheins; nur wenige Schwangere trieben auf der Grundlage einer medizinischen bzw. psychiatrischen Indikation ab.

58 471 rheinland-pfälzische Patientinnen unterzogen sich im Zusammenhang mit Komplikationen bei der Schwangerschaft, der Entbindung oder im Wochenbett einer stationären Behandlung in einem deutschen Krankenhaus. Therapiert wurden 11 % wegen einer Schwangerschaft mit anschließender Fehlgeburt und 23 % wegen Komplikationen, die im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftraten. 58 % der Patientinnen bedurften einer Behandlung in unmittelbarem Zusammenhang mit der anstehenden Geburt, 8 % wurden schwerpunktmäßig wegen Komplikationen im Verlauf der Wehen und der Entbindung und knapp 1 % wegen Komplikationen im Wochenbett behandelt.

Für das Berichtsjahr 1998 weist die Krankenhausdiagnosestatistik insgesamt 16 294 rheinland-pfälzische Säuglingspatienten nach. 31 % wurden wegen bestimmter Affektionen behandelt, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit hatten, 14 % wegen Krankheiten der Atmungsorgane, 11 % wegen infektiöser und parasitärer Krankheiten und knapp 9 % wegen kongenitaler Anomalien. Mehr als 40 % der Säuglingspatienten wurden im Laufe des ersten Lebensmonats therapiert. re

Mehr über dieses Thema auf Seite 89.

Ausgaben für das Wohnen steigen – Anteil für Ernährung rückläufig

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erzielten die rheinland-pfälzischen Haushalte im 1. Halbjahr 1998 ein monatliches Durchschnittseinkommen von brutto 6 501 DM. Das Haushaltseinkommen weist beachtliche Unterschiede auf und ist abhängig von der Haushaltsgröße, der Zahl der Einkommensbezieher, der Art der diversen Einkommen und der sozialen Stellung. Zwischen 1993 und 1998 nahmen die Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen (dazu gehören Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Kindergeld) und aus Vermögen beachtlich zu. Von dem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 5 246 DM im Monat war der überwiegende Teil für den privaten Verbrauch bestimmt (4 216 DM). Größter Ausgabenposten war der Bereich Wohnen; rund jede dritte Mark wurde hierfür ausgegeben. Damit setzte sich die seit Jahren zu beobachtende Entwicklung fort. Dagegen sind die Ausgaben für Ernährung weiter rückläufig; sie erreichten einen Anteil von 13,6 %. Eine höhere Bedeutung für die Ausgaben hatten die Aufwendungen für den Bereich Verkehr mit knapp 16 %. Diese Quote lag bei Haushalten mit einem oder mehreren Kindern noch höher (22 %). Je nach Haushaltsgröße und -typ wurden für Bekleidung und Schuhe zwischen 5 und 6 % des privaten Verbrauchs monatlich aufgewendet. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 100.

Neuhabilitierte im Durchschnitt 41 Jahre alt

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen habilitierten sich im vergangenen Jahr 66 Nachwuchswissenschaftler und zehn Nachwuchswissenschaftlerinnen. Sie erbrachten damit den formalen Nachweis ihrer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Damit unterzogen sich genauso viele Personen wie im Vorjahr erfolgreich diesem akademischen Verfahren, das in aller Regel Zugangsvoraussetzung für eine Erstberufung zum Universitätsprofessor ist.

Das Durchschnittsalter der Absolventen lag bei 40,5 Jahren; ihre Kolleginnen waren im Durchschnitt gut ein Jahr älter. Wegen des relativ hohen Lebensalters, das die angehenden Professorinnen und Professoren bei der Verleihung der Lehrbefugnis aufweisen, steht das Habilitationsverfahren inzwischen im Zentrum der hochschulpolitischen Diskussion. So gibt es auf Bundesebene Überlegungen, künftig an den Universitäten so genannte Juniorprofessuren einzuführen, für die sich besonders qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bereits unmittelbar nach der Promotion bewerben können. re

Jede vierte Ehe nach 15 Jahren gescheitert

Im vergangenen Jahr wurden von rheinland-pfälzischen Gerichten 9 860 Ehen geschieden. Damit sank die Zahl gescheiterter Ehen gegenüber dem Vorjahr um 3 %; erstmals seit 1996 wurde die 10 000er-Marke wieder unterschritten. Berücksichtigt man neben den betroffenen Ehepartnern die 7 361 Kinder, die im vergangenen Jahr zu „Scheidungsweisen“ wurden, so waren auch 1999 fast 7 von 1 000 Einwohnern direkt von Ehescheidungen betroffen.

Trotz der rückläufigen Gesamtzahl ist das „Scheidungsrisiko“ nach wie vor hoch. Der Rückgang dürfte eher damit zusammenhängen, dass seit einigen Jahren immer weniger Ehen geschlossen werden. So zeigt der Vergleich zurückliegender Eheschließungs- und Scheidungsjahrgänge eine auch aktuell hohe Scheidungsbereitschaft sowohl bei jung verheirateten als auch bei älteren Paaren. Bislang wurde rund jede vierte im Jahr 1985 eingegangene Ehe und rund jede fünfte Ehe des Heirats-Jahrgangs 1990 geschieden. Von den Paaren, die 1995 vermeintlich den „Bund fürs Leben“ schlossen, wurde bis Ende 1999 bereits jedes 15. vom Familiengericht getrennt. re

Höchste Gewerbe- und -abmeldungen im Handel und Gastgewerbe

Von den rheinland-pfälzischen Gewerbeämtern wurden 1999 fast 79 400 Gewerbeanzeigen entgegengenommen. Während sich die Anmeldungen gegenüber 1998 um fast 1 000 auf knapp 38 100 verringerten (-2,4 %), erhöhten sich die Gewerbeabmeldungen um mehr als 600 (+2 %) auf die seit Beginn der statistischen Auswertung im Jahre 1984 höchste Zahl von 33 600. Der Rest (7 700) entfiel auf Gewerbeummeldungen.

Nach Wirtschaftsbereichen gliedert kamen allein 43 % der Gewerbeanmeldungen auf den Handel und das Gastgewerbe (16 200), weitere 22 % auf das Grundstücks- und Wohnungswesen und die Dienstleistungen für Unternehmen (8 400) sowie 21 % auf sonstige Dienstleistungen (7 800). Bei den Abmeldungen war der Bereich Handel und Gastgewerbe sogar mit 47 % vertreten. Deutlich geringere Anteile wiesen dagegen das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Dienstleistungsbereiche auf. sch

Deutlich mehr Wohngebäude fertiggestellt

Im Berichtsjahr 1999 wurden in Rheinland-Pfalz 12 381 neue Wohngebäude bezugsfertig, das sind rund 14 % mehr als im Jahr 1998. Diese Steigerung ist auf den vermehrten Bau von Einfamilienhäusern zurückzuführen. So konnten die Bauherren 8 844 fertig gestellte Eigenheime mit einer Wohnung beziehen, das sind deutlich mehr als 1998 an Baufertigstellungen in dieser Gebäudekategorie registriert wurden (+20,6 %).

Auch der Bau von Wohngebäuden mit zwei Wohnungen entwickelte sich im Jahresvergleich positiv. Mit 2 347 Zweifamilienhäusern lag die Anzahl der bezugsreif gewordenen Gebäude um gut 8 % über dem Vorjahreswert. Dagegen gingen die Fertigstellungen von Geschosswohnbauten im Jahresvergleich zurück. In dieser Gebäudeart wurden insgesamt 1 185 Fertigstellungen von den Bauaufsichtsbehörden des Landes gemeldet, das sind knapp 15 % weniger als 1998.

Mit 20 932 bezugsfertigen Neubauwohnungen in Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimwohnungen) wurde die Zahl der bezugsreif gemeldeten Wohnungen des Vorjahres nicht ganz erreicht. Die Gebäude weisen eine Wohnfläche von rund 2,4 Mill. m² auf, der Rauminhalt beträgt 13,5 Mill. m³. Zum Planungszeitpunkt der Wohngebäude waren Baukosten von gut 5,8 Mrd. DM angesetzt worden. Einschließlich der im Jahr 1999 realisierten Umbaumaßnahmen an bestehenden Wohnbauten betrug das Fertigstellungsergebnis für Wohnungen 23 346 Einheiten. hes

Milchleistung je Kuh seit 1990 um fast 30 % gestiegen

Die durchschnittliche Milchleistung der rheinland-pfälzischen Milchkühe ist im Jahr 1999 weiter angestiegen. Mit durchschnittlich 5 767 kg gab eine Milchkuh 29 % mehr Milch als zu Anfang der neunziger Jahre. Wie in den vergangenen Jahren erreichte die Milchleistung der Kühe im Mai ihren saisonalen Höhepunkt.

Insgesamt wurden im Jahr 1999 von 136 000 Milchkühen 783 000 t Milch erzeugt. Damit stand rein rechnerisch jedem der rund 4 Mill. Rheinland-Pfälzer täglich ein halber Liter Milch aus heimischer Produktion zur Verfügung. Allein 43 % der Milchmenge stammten von den Milchkühen in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun. po

Mikrozensusbefragung läuft

Zurzeit werden für den Mikrozensus Haushalte durch Interviewerinnen und Interviewer des Statistischen Landesamtes befragt. Die Haushalte wurden nach einem Zufallsverfahren hierfür ausgewählt. Mit der Befragung können aus den Angaben eines kleinen Teils der Bevölkerung Aussagen über die Struktur sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der gesamten Bevölkerung gemacht werden. So gibt der Mikrozensus zum Beispiel Aufschluss über die Zahl der Alleinerziehenden, der alleinstehenden älteren Menschen und der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die in die Erhebung einbezogenen Haushalte sind nach dem Mikrozensusgesetz zur Auskunft verpflichtet. Die Haushalte werden in höchstens vier aufeinander folgenden Jahren (jeweils einmal pro Jahr) befragt. ic

Mutterschaft im Spiegel der Statistik

Verschiedene Statistiken mit Daten zum Thema Mutterschaft

Demographische und gesundheitsrelevante Daten über Schwangere, Wöchnerinnen und deren Säuglinge lassen sich aus mehreren Statistiken des amtlichen Systems zusammentragen. So bietet die Geburtenstatistik als zentraler Bestandteil des statistischen Systems zur Erfassung natürlicher Bevölkerungsbewegungen eine Vielzahl an Informationen über Lebend- und Totgeborene sowie deren Eltern bzw. Mütter. Erfasst werden von allen Geborenen deren Geburtstag, Geschlecht, Körpergewicht und -länge sowie Legitimität, die Wohn-gemeinde und das Alter der Eltern bzw. der Mutter, deren Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions-gesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, die Staats-angehörigkeit sowie Angaben zur Erwerbstätigkeit der Mutter. Darüber hinaus werden bei ehelichen Kindern¹⁾ der Tag der elterlichen Eheschließung, Angaben zur Geburtenfolge sowie das Geburtsdatum des vorange-gangenen Kindes erfasst. Zudem lassen sich aus der Geburtenstatistik Angaben über Art und Häufigkeit von Mehrlingsgeburten gewinnen.

Unabhängig vom Geburtsort werden die Geborenen statistisch in dem Bundesland nachgewiesen, in dem die Gebärende zum Zeitpunkt der Geburt ihren Haupt-wohnsitz hatte. Diese nationale Verfahrensregel ermög-licht, dass die in anderen Bundesländern geborenen Kinder rheinland-pfälzischer Mütter vollständig in der rheinland-pfälzischen Statistik erscheinen und somit die Geburtenstatistik ein nahezu umfassendes Bild aller neugeborenen Rheinland-Pfälzer zeichnet.

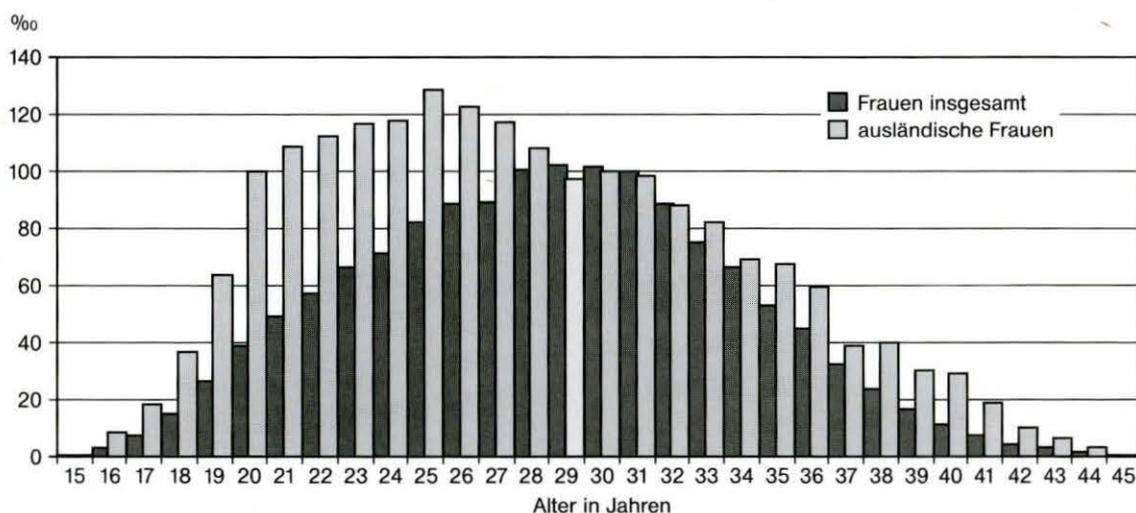
Aus der ebenfalls den Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegungen zugeordneten Todesursa-chenstatistik können Informationen zur Mütter- und zur Säuglingssterblichkeit gewonnen werden. So liegen aus den umfangreichen Individualdaten, die laufend über verstorbene Rheinland-Pfälzer erhoben werden, die Daten derjenigen Frauen vor, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Geburt verstarben. Die selektierten Datensätze aller im Alter von unter zwölf Mona-ten verstorbenen Kleinkinder können als Analysebasis der Säuglingssterblichkeit herangezogen werden. Von allen Verstorbenen liegen Angaben zur Wohnge-

meinde, zum Sterbetag, Geschlecht, Alter, Familien-stand, zur Erwerbstätigkeit, rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltan-schauungsgemeinschaft und Staatsangehörigkeit, bei Verheirateten zusätzlich zum Alter des überlebenden Ehegatten sowie zur Todesursache vor. Bei Kindern lie-fert die Statistik zudem deren Legitimität, Körperge-wicht und -länge bei der Geburt und, sofern sie inner-halb des ersten Lebensstages verstarben, auch das genaue Lebensalter in Stunden. Wie in der Geburten-statistik gilt auch hier, dass von allen Verstorbenen mit rheinland-pfälzischem Hauptwohnsitz entsprechende Daten verfügbar sind, unabhängig davon, ob sie in Rheinland-Pfalz oder in einem anderen Bundesland verstarben.

Eine gesonderte Bundesstatistik liefert Angaben zur Zahl und Struktur der nach § 218a Abs. 1 bis 3 StGB in deutschen Arztpraxen bzw. Krankenhäusern vorge-nommenen Schwangerschaftsabbrüche. In ihr werden, neben den rechtlichen Voraussetzungen des Schwan-gerschaftsabbruchs (Indikationsstellung bzw. Bera-tungsregelung), der Familienstand und das Alter der Schwangeren sowie die Zahl ihrer Kinder, die Dauer der Schwangerschaft, die Art des Eingriffs und eventuell beobachtete Komplikationen erfasst. Ferner werden das Bundesland, in dem die Schwangere den Eingriff vornehmen ließ, und das Wohnsitz(bundes)land, die Vornahme in Arztpraxis bzw. Krankenhaus und – im Falle der Vornahme des Eingriffs im Krankenhaus – auch die Dauer des Krankenhausaufenthaltes erfragt. Diese Angaben über legale Abtreibungen melden Arzt-praxeninhaber und Leiter derjenigen Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Trotz der Einbindung von Ärztekammern und Gesundheitsbehörden bei der Festlegung der Melde-stellen kann deren Untererfassung und somit auch die Untererfassung der registrierten Schwangerschafts-abbrüche nicht ausgeschlossen werden. Die Erhebung und Auswertung der Schwangerschaftsabbruchstatistik wird nicht, wie sonst bei Bundesstatistiken üblich, von den statistischen Landesämtern, sondern vom Sta-tistischen Bundesamt vorgenommen. Den statistischen Landesämtern werden lediglich die Ergebnisse über-mittelt. Diese stellen in erster Linie auf einen Nachweis der Abtreibungen nach dem Eingriffsort ab. Nur sehr eingeschränkt werden die Daten nach dem Wohnsitz-land der Schwangeren ausgewertet, sodass im Fol-genden nur wenige Eckdaten der von Rheinland-Pfäl-zerinnen vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche kommentiert werden können.

1) In den nachstehenden Ausführungen wird vereinfachend weiterhin von „ehelich“ bzw. „nichtehelich“ Geborenen gesprochen, obwohl in der aktuel-len Sprachregelung diese Geborenen als „Kinder von miteinander verhei-rateten bzw. nicht miteinander verheirateten Eltern“ bezeichnet werden.

Altersspezifische Geburtenraten 15- bis 45-jähriger Frauen 1998



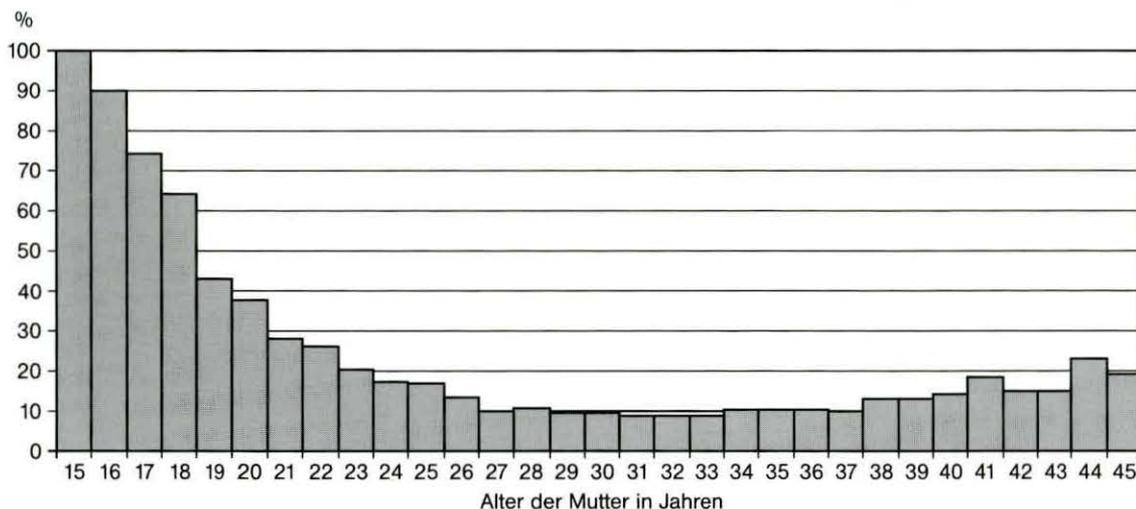
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 51/2000

Eine weitere Erhebung, die interessante Einblicke zur Mutterschaft gewährt, ist die Krankenhausdiagnosestatistik. Diese Erhebung liefert als Teil der Krankenhausstatistiken Informationen über alle aus deutschen Krankenhäusern entlassenen vollstationär versorgten Patienten einschließlich der Sterbefälle. Erhoben werden neben Geschlecht, Alter und Wohnsitzgemeinde auch die Zu- und Abgangsdaten, sodass sich Angaben zur Patientenverweildauer ermitteln lassen. Weitere Erhebungsmerkmale sind die zum Zeitpunkt der Entlassung bekannte Hauptdiagnose, Angaben darüber, ob im Zusammenhang mit dieser Hauptdiagnose operiert wurde, sowie die Fachabteilung, in der die Patienten schwerpunktmäßig betreut wurden. Für diesen Beitrag wurden aus der Diagnosestatistik alle länderübergreifend erhobenen Daten rheinland-pfälzischer Patienten

unabhängig vom Behandlungsort selektiert. Kommentiert werden Behandlungszahlen von Frauen, die im Zusammenhang mit einer Diagnose aus dem Bereich „Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett“ betreut wurden, von stationär betreuten Säuglingen sowie von stationären Behandlungsfällen im Zusammenhang mit männlicher bzw. weiblicher Infertilität.

Angesichts der Breite des Statistikspektrums, das den folgenden Ausführungen zu Grunde liegt, muss sich die Kommentierung auf die wesentlichen Eckdaten der Geburtenstatistik, der Todesursachenstatistik, der Statistik der Schwangerschaftsabbrüche und der Krankenhausdiagnosestatistik beschränken. Dargestellt werden jeweils Ergebnisse des Berichtsjahres 1998.

Anteil nichtehelich Lebendgeborener 1998 nach dem Alter der Mutter



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 52/2000

Ehelich Lebendgeborene 1998 nach Lebendgeburtenfolge bzw. Ehedauer

Zeitspanne zwischen aufeinanderfolgenden Geburten, bei dem 1. Kind zwischen Eheschließung und Geburt	Ins- gesamt	Als ... Kind Geborene ¹⁾								
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9. und weiteres
unter 3 Monate	1 388	1 388	-	-	-	-	-	-	-	-
3 - 6 Monate	2 591	2 591	-	-	-	-	-	-	-	-
6 - 9 Monate	1 192	1 188	4	-	-	-	-	-	-	-
9 - 12 Monate	1 124	950	104	44	16	1	5	2	-	2
unter 1 Jahr	6 295	6 117	108	44	16	1	5	2	-	2
12 - 15 Monate	1 500	988	333	112	37	11	2	5	5	7
15 - 18 Monate	1 753	838	583	199	65	26	15	5	3	19
18 - 21 Monate	1 888	788	769	205	58	33	15	8	2	10
21 - 24 Monate	1 941	700	885	242	57	24	8	9	7	9
1 - 2 Jahre	7 082	3 314	2 570	758	217	94	40	27	17	45
2 - 3 Jahre	6 658	2 008	3 452	804	229	64	45	24	11	21
3 - 4 Jahre	4 440	1 414	2 202	598	143	37	26	7	8	5
4 - 5 Jahre	2 943	971	1 340	462	106	42	13	7	1	1
5 - 6 Jahre	1 922	677	810	318	75	21	12	7	1	1
6 - 7 Jahre	1 270	435	513	241	61	9	8	2	1	-
7 - 8 Jahre	927	354	319	181	55	9	5	2	-	2
8 - 9 Jahre	620	254	195	118	38	12	3	-	-	-
9 - 10 Jahre	426	178	129	88	23	7	-	1	-	-
10 - 15 Jahre	804	329	222	185	58	7	3	-	-	-
15 - 20 Jahre	131	56	42	29	3	-	-	-	-	1
20 und mehr Jahre	14	4	6	3	-	1	-	-	-	-
2 und mehr Jahre	20 155	6 680	9 230	3 027	791	209	115	50	22	31
Mehrlingskinder ²⁾	574	-	304	193	60	10	5	1	-	1
Insgesamt	34 106	16 111	12 212	4 022	1 084	314	165	80	39	79

1) Unter Berücksichtigung sämtlicher in der bestehenden Ehe lebendgeborener sowie legitimer Kinder. – 2) Zweite und weitere Mehrlingskinder aus einer Niederkunft.

Höchste Geburtenraten bei 28- bis 31-jährigen Frauen

1998 gebaren Rheinland-Pfälzerinnen insgesamt 39 813 Kinder. 20 244 Knaben und 19 395 Mädchen kamen lebend zur Welt; 174 Kinder, darunter 87 Knaben, wurden tot geboren. Zu den Totgeborenen zählen ausschließlich Kinder mit einem Geburtsgewicht von über 500 g, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib weder das Herz geschlagen bzw. die Nabelschnur pulsiert noch die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Tot geborene Kinder mit einem Körpergewicht von bis zu 500 g gelten als Fehlgeburten und werden in der Statistik nicht erfasst. Auf 1 000 Geburten bezogen lag die Rate der Totgeborenen bei 4,4 %.

599 Frauen gebaren Zwillinge, 24 brachten Drillinge zur Welt. Von den 1 198 Zwillingskindern wurden 1 188, von den Drillingskindern alle 72 lebend geboren. 603 lebend geborene Mehrlingskinder waren Knaben, 657 waren Mädchen.

66 % der Geburten entfielen auf Frauen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren, jeweils rund 17 % der Kinder wurden von jüngeren bzw. älteren Frauen geboren. Die von Frauen eines Altersjahrgangs Lebendgeborenen auf je 1 000 Frauen gleichen Alters bezogen ergeben ein Maß für die altersspezifische Fertilität und somit für das generative Verhalten in der Bevölkerung. Diese altersspezifischen Geburtenziffern stellen sich als relativ symmetrische, eingipflige Verteilung dar. Die höchsten

Geburtenrate wiesen mit jeweils rund 10 % die 28- bis 31-jährigen Frauen auf. Die Gesamtverteilung stieg, ausgehend von den 15-jährigen Müttern mit einer Geburtenrate von 0,6 ‰, mit zunehmendem Alter zunächst steil an, bis sie bei den 29-jährigen mit einem Wert von 102,2 ‰ ihren Höhepunkt erreichte, um dann, mit weiter steigendem Alter, wieder kontinuierlich zu sinken.

Mit steigendem Alter der Mütter stieg offensichtlich auch das Risiko von Totgeburten. Die Bravais-Pearson-Korrelation, die angesichts geringer Totgeborenenzahlen für gleitende 5-Altersjahres-Durchschnitte der Mütter und die zugehörigen Totgeburtenanteile ermittelt wurde, weist einen stark positiven Wert von 0,8 auf.

Hier lebende ausländische Mütter verzeichneten mit Ausnahme der 29- bis 32-Jährigen zum Teil deutlich höhere Geburtenziffern als deutsche Mütter. Insbesondere unter den jüngeren, aber auch unter den älteren Müttern waren Ausländerinnen vergleichsweise stark vertreten.

Erstes Kind im Schnitt nach zweieinhalb Jahren Ehe

Von den 39 639 Lebendgeborenen wurden 14 ‰ nichtehelich geboren. Auch dieser Anteilswert wurde sehr stark vom Alter der Mütter bestimmt. Mehr als die Hälfte der Kinder unter 20-jähriger Mütter und knapp ein Viertel der von 20- bis 24-jährigen Müttern Gebore-

nen kam nichtehelich zur Welt. Demgegenüber lagen die entsprechenden Anteilswerte in den darüber liegenden Altersjahrgängen deutlich niedriger, um dann, ausgehend von den Mitte 30-Jährigen, nochmals merklich anzusteigen.

Von den 34 106 ehelich Lebendgeborenen war fast die Hälfte (16 111) erstes Kind der Ehe. Die Übrigen erblickten als Geschwisterkinder das Licht der Welt. Mehr als ein Drittel der Säuglinge war zweites, mehr als ein Zehntel drittes Kind der bestehenden Ehe. Lediglich ein Zwanzigstel der ehelich Neugeborenen hatte mehr als zwei Geschwister. So wie das Alter der Mutter beeinflusste offensichtlich auch die Ehedauer das Geburten-geschehen. So wurden 38 % der Erstgeborenen im ersten, 21 % im zweiten und weitere 12 % im dritten Ehejahr geboren. Die Zahl der Erstgeborenen nahm mit zunehmender Ehedauer der Eltern kontinuierlich ab, wobei selbst Paare, die 20 Jahre und länger verheiratet waren, noch erste Kinder bekamen. Die durchschnittliche Dauer zwischen Eheschließung und Erstgeburt betrug 2,5 Jahre. Bei den Geschwisterkindern lag der häufigste Zeitabstand zwischen dem vorangegangenen Kind und dem Neugeborenen bei zwei bis drei Jahren. Lediglich bei Familien mit fünf und mehr Kindern war die häufigste Lebendgeborenenfolge etwas kürzer angelegt. Die durchschnittliche Lebendgeburtensfolge bei Zweitkindern betrug 3,5 Jahre und bei Drittkindern 4,2 Jahre. Dieser Durchschnittswert sank mit zunehmender Geschwisterzahl deutlich ab. So lag die durchschnittliche Lebendgeburtensfolge bei neunten und folgenden Kindern bei nur noch 2,3 Jahren.

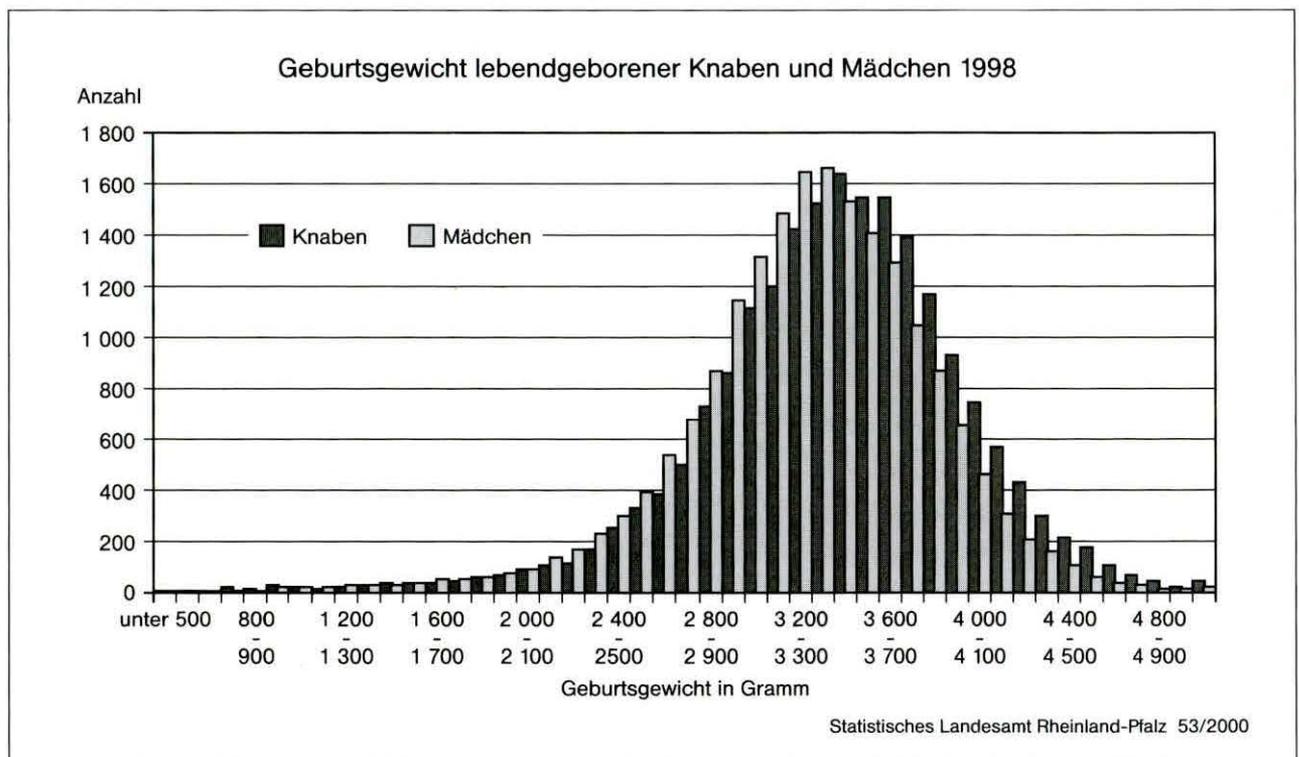
Im Durchschnitt waren lebendgeborene Knaben 52,4 cm groß und 3 413 g schwer. Lebendgeborene Mädchen brachten mit durchschnittlich 3 279 g etwas weniger auf die Waage. Zudem waren sie mit 51,6 cm im Durchschnitt geringfügig kleiner. Auf differenzierte Nachweise der Geburtsgewichte und -längen nach Le-

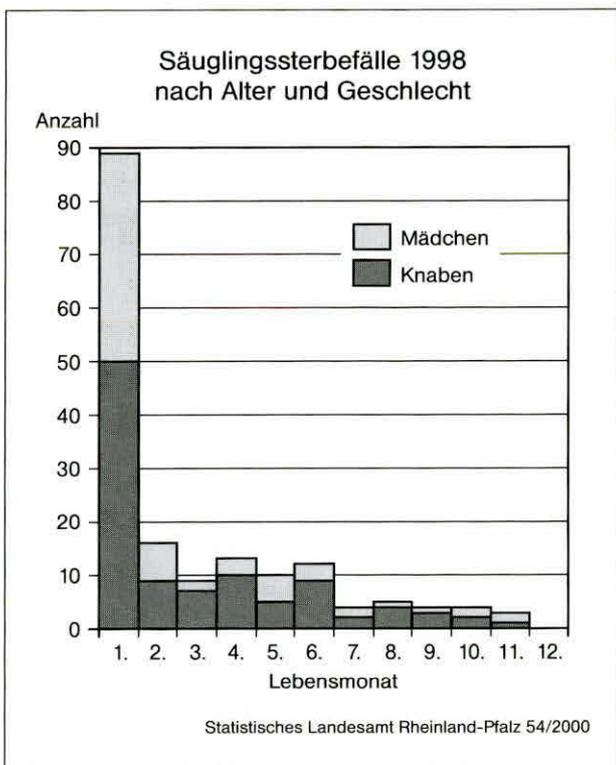
bend- und Totgeborenen, Legitimität, Alter der Mutter, Einzel- bzw. Mehrlingsgeburten usw. soll hier nicht eingegangen werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich das umfassende Datenmaterial der Geburtenstatistik besonders auch für die Ableitung spezifischer Somatogramme eignet, in denen Quantilswerte der Geburtsgewichte und Säuglingsgrößen der jeweiligen Beobachtungsgruppen – seien es Knaben oder Mädchen, Zwilling- oder Drillingskinder usw. – aufeinander bezogen werden.

Säuglingssterblichkeit überwiegend im ersten Lebensmonat

1998 verstarben 169 lebendgeborene Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, darunter 36, die im Vorjahr geboren worden waren. Insgesamt 70 Säuglinge, somit gut 40 %, starben in der ersten Lebenswoche und von diesen mehr als die Hälfte bereits am ersten und knapp ein Viertel am zweiten Lebenstag. Mehr als die Hälfte der insgesamt 169 Säuglingssterbefälle entfiel auf den ersten Lebensmonat. Auf 1 000 Lebendgeborene bezogen verstarben 1,8 Säuglinge in der ersten Lebenswoche und 2,2 Säuglinge im ersten Lebensmonat. In den Folgemonaten lag das Sterberisiko deutlich niedriger. Kleinkinder männlichen Geschlechts unterlagen einem vergleichsweise höheren Sterblichkeitsrisiko. Im Berichtsjahr waren mehr als 60 % der betroffenen Kinder Knaben.

Vier von zehn der betrachteten Säuglinge starben durch Ursachen, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode – das ist der Zeitraum zwischen der 28. Schwangerschaftswoche und dem 7. Lebenstag des Kindes hatten. Haupttodesursachen waren hier Störungen im Zusammenhang mit der Schwangerschaftsdauer und dem fetalen Wachstum, so z. B. zu niedrige Geburtsge-





wichte bzw. extreme Unreife der Säuglinge. Drei von zehn der betroffenen Kleinkinder verstarben durch angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien, wobei insbesondere angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems vergleichsweise häufig zum Tode führten. In knapp zwei von zehn Fällen wurde vom Leichenschau haltenden Arzt das Sudden Infant Death Syndrom (SIDS), besser bekannt als „plötzlicher Kindstod“, diagnostiziert. Fünf Kleinkinder erlagen im Berichtsjahr Verletzungen durch äußere Einflüsse. Insgesamt vier dieser Säuglinge kamen durch Unfälle, ein Säugling durch einen tödlichen Angriff ums Leben.

Im Berichtsjahr verstarben insgesamt vier Frauen an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt. Zwei Mütter erlagen den Folgen von Embolien, zwei den Folgen von Blutungen. Die betroffenen Frauen waren zwischen 29 und 42 Jahre alt.

55 % der Schwangerschaftsabbrüche in Ehen

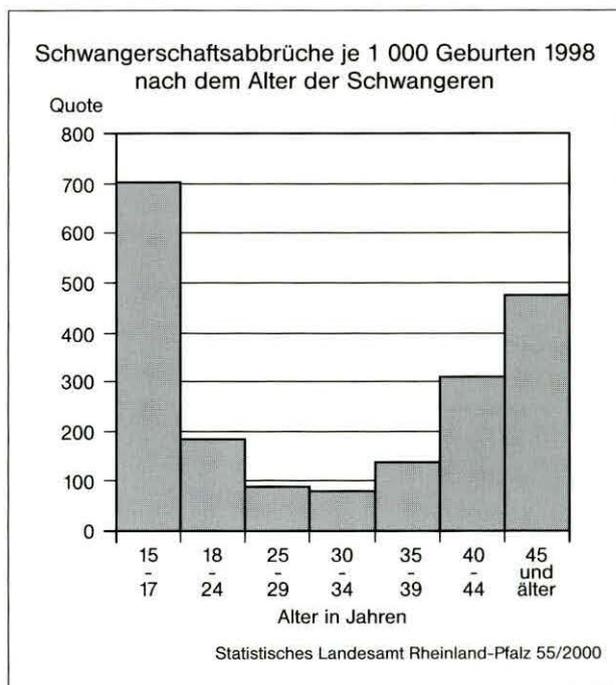
Im Jahr 1998 wurden insgesamt 4 716 Schwangerschaftsabbrüche rheinland-pfälzischer Frauen registriert. Bezogen auf 1 000 Geburten wurden damit legal 118,5 Schwangerschaften vorzeitig beendet. Dies war im Bundesvergleich eine eher geringe Quote. 162 Frauen beendeten die Schwangerschaft aufgrund medizinischer bzw. psychiatrischer Indikationen. Bei ihnen war aufgrund ärztlicher Erkenntnis die Abtreibung notwendig, um eine Gefahr für ihr Leben oder die Gefahr einer schwer wiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes abzuwenden, wobei die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden konnte. Der weit überwiegende Teil der Schwangerschaften (4 554 Fälle) wurde ohne Indikation beendet, weil die Schwangere dies verlangte und dem Arzt durch eine Bescheini-

gung nachweisen konnte, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff in einer anerkannten Beratungsstelle hatte beraten lassen.

In lediglich knapp 6 % der Fälle wurde der Abbruch medikamentös durchgeführt. Rund 88 % der betroffenen Schwangerschaften wurden mittels Vakuumaspiration, knapp 6 % mittels Curettage beendet. Lediglich in 4 % der Fälle war ein stationärer Krankenhausaufenthalt erforderlich. Die übrigen registrierten Schwangerschaftsabbrüche wurden ambulant in Krankenhäusern (35 %) bzw. gynäkologischen Praxen (61 %) vorgenommen.

37 % der betroffenen Frauen waren kinderlos, die anderen hatten bereits ein Kind (24 %) oder mehrere Kinder (39 %) geboren. 55 % der Betroffenen waren verheiratet, die Übrigen ledig (38 %) bzw. geschieden (7 %) und nur sehr wenige verwitwet. Die Altersverteilung der betroffenen Frauen zeigt, bezogen auf die Zahl der Geburten, insbesondere Jüngere und Ältere deutlich häufiger abtrieben als Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. So wurden 1998 keine Geburten unter 15-jähriger Mütter, aber 11 Schwangerschaftsabbrüche in dieser Altersgruppe gemeldet. Bei den 15- bis 17-Jährigen registrierte die Statistik mehr als 700 Abtreibungen auf 1 000 Geburten. Bei den über 44-Jährigen wurden je 1 000 Geburten 475 legale Abtreibungen gezählt. Die altersspezifische Gesamtverteilung der Abbruchquoten über 14-jähriger Frauen stellt sich als zweigipflige Verteilung dar, die ihre Maximumwerte in den Altersrandklassen aufweist. Dem geringsten Abbruchdruck unterlagen offensichtlich Frauen Anfang 30. In dieser Altersklasse wurden knapp 80 Schwangerschaftsabbrüche auf 1 000 Lebend- und Totgeborene gezählt.

Von allen Bundesländern wies Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche die höchste Auspenderrate auf. Lediglich 67 % der betroffenen Frauen ließen die Abtreibung in rheinland-pfälzischen Arztpraxen bzw. Krankenhäusern durchführen. Die



Übrigen wandten sich an saarländische (12 %), hessische (9 %), baden-württembergische und nordrhein-westfälische (jeweils 6 %) Gynäkologen. Nur wenige Schwangerschaftsabbrüche rheinland-pfälzischer Frauen wurden in den nicht angrenzenden Bundesländern registriert. In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Statistik keine Zahlen über legale Schwangerschaftsabbrüche liefert, die im Ausland vorgenommen wurden.

90 % der stationären Versorgungsfälle in der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett fanden Aufnahme im Land

1998 wurden insgesamt 58 471 Rheinland-Pfälzerinnen im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Entbindung bzw. Wochenbett stationär in einem deutschen Krankenhaus versorgt. 52 619 Patientinnen, das sind rund 90 %, ließen sich in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern behandeln; die Übrigen wurden in Einrichtungen anderer Bundesländer therapiert. So suchten 1 616 Patientinnen nordrhein-westfälische, 1 560 hessische und jeweils knapp 1 200 Patientinnen baden-württembergische bzw. saarländische Krankenhäuser auf. Auf die anderen nicht unmittelbar angrenzenden Bundesländer entfielen nur wenige Behandlungsfälle. Mit insgesamt 5 852 Auspendlerinnen bei gleichzeitig 3 801 Einpendlerinnen mit Hauptwohnsitz außerhalb des Landes, die hier stationär versorgt wurden, wies Rheinland-Pfalz in dieser Diagnosegruppe einen Auspendlerüberschuss von rund 2 000 Fällen auf.

Bei den Ergebnissen der Krankenhausdiagnosestatistik ist zu beachten, dass es sich um reine Fallzahlen handelt; die Statistik erlaubt keine personengebundenen Aussagen. Frauen, die im Laufe eines Kalenderjahres mehrmals stationär aufgenommen und entlassen wurden, werden auch mehrfach als Patientinnen nachgewiesen.

Die Pendlerströme in benachbarte Bundesländer scheinen weniger medizinisch als vielmehr wohnortinduziert zu sein. So stammten die Patientinnen, die nordrhein-westfälische Einrichtungen aufsuchten, vorzugsweise aus den nördlichen Landkreisen Ahrweiler, Altenkirchen und Neuwied. Die Auspendlerinnen nach Hessen wohnten vorwiegend in den östlichen Landesteilen, dem Westerwaldkreis, dem Rhein-Lahn-Kreis, dem Landkreis Mainz-Bingen und der Stadt Mainz. Rheinland-pfälzische Patientinnen in baden-württembergischen Einrichtungen stammten häufig aus den südöstlichen Landesteilen, der Stadt und dem Landkreis Ludwigshafen sowie dem Landkreis Germersheim. In der Stadt Zweibrücken und den Landkreisen Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz wirkte sich die räumliche Nachbarschaft zum Saarland aus; hier wohnten die meisten der Auspendlerinnen in dieses benachbarte Bundesland. Die Zahl der in dieser Diagnosegruppe außerhalb von Rheinland-Pfalz versorgten Patientinnen bezogen auf die Gesamtzahl der Patientinnen zeigt, dass insbesondere die Landkreise Altenkirchen und Neuwied sowie die Stadt Zweibrücken mit jeweils über 20 % und der Landkreis Kusel mit 35 % außer Landes behandelte Frauen Spitzenplätze einnehmen. Die Patientenströme in die angrenzenden Bundesländer und zwischen den rheinland-pfälzischen Krankenhausversorgungsgebieten lassen sich in einer

Karte veranschaulichen. Auswertungen auf Kreisebene zeigen, dass insbesondere für Patientinnen mit Wohnort in Worms, Kaiserslautern und Trier eine unmittelbar wohnortnahe Versorgung gegeben ist. Von ihnen konnten jeweils über 90 % lokal stationär versorgt werden. Demgegenüber wurden – mangels stationärem Versorgungsangebot – jeweils ein Großteil bzw. alle Patientinnen aus den Landkreisen Südliche Weinstraße, Alzey-Worms und Ludwigshafen in einem Krankenhaus außerhalb des Wohnsitzkreises behandelt.

11 % der stationär behandelten Frauen mit Hauptdiagnose „Fehlgeburt“

Die hier betrachteten Patientinnen lassen sich einer der folgenden Diagnosegruppen zurechnen:

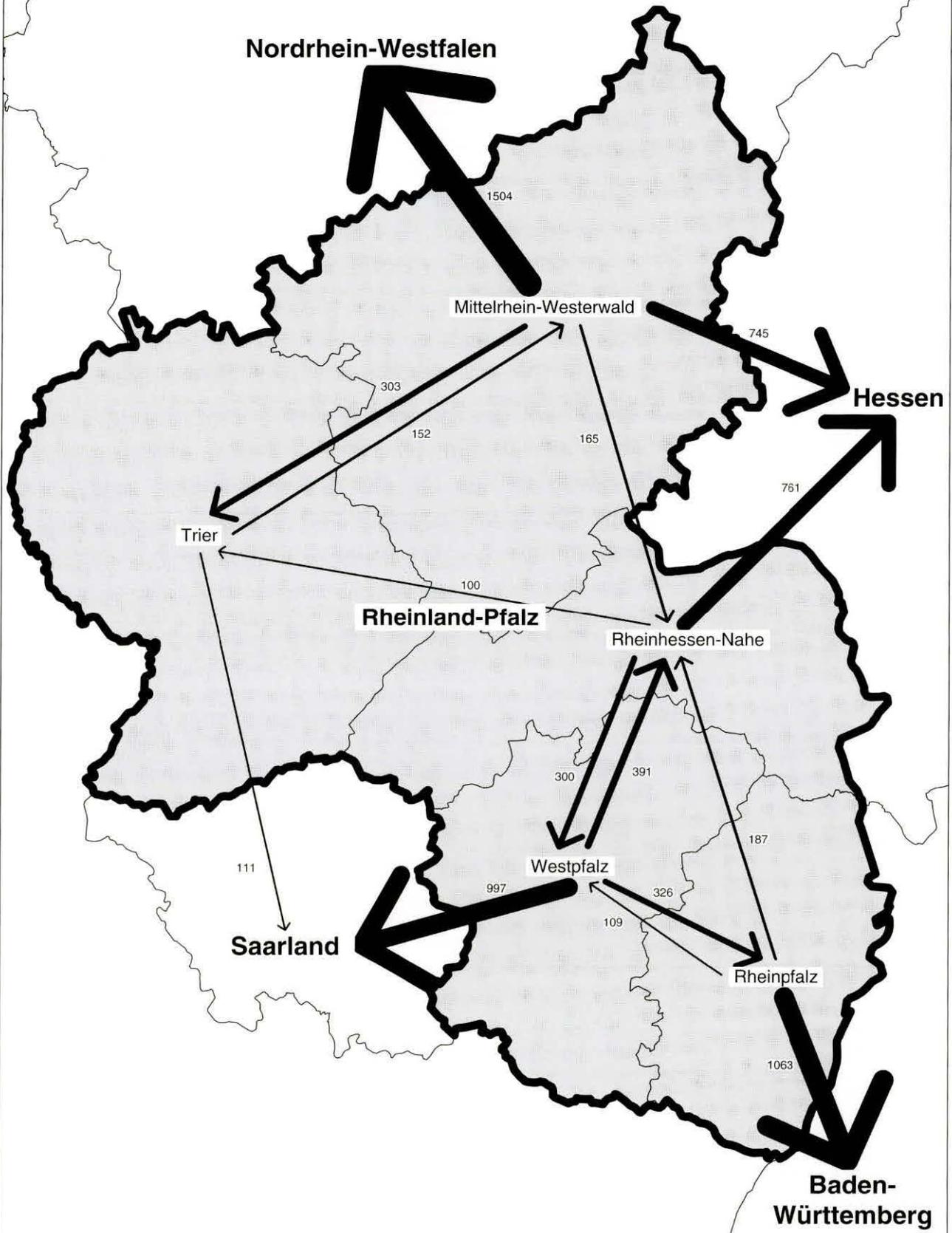
- Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt,
- Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft auftreten,
- normale Entbindung sowie andere Indikationen zur Behandlung während der Schwangerschaft,
- Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten,
- Komplikationen im Wochenbett.

Bei der Interpretation der nachstehend aufgeführten Diagnosezahlen ist zu beachten, dass die Patientinnen ausschließlich in derjenigen Gruppe nachgewiesen werden, die den Schwerpunkt der Krankenhausbehandlung verursachte. Wird z. B. eine Schwangere wegen Komplikationen in ein Krankenhaus eingeliefert, entbindet dort nach ggf. mehrwöchiger Behandlungszeit und wird anschließend wegen Komplikationen im Wochenbett nochmals mehrere Tage in der Einrichtung betreut, so wird sie statistisch nur mit derjenigen Diagnose erfasst, die hauptsächlich die Dauer der vollstationären Behandlung beeinflusst bzw. den größten Anteil an medizinischen Leistungen verursacht hat. Die Tatsache, dass eben diese Frau im Krankenhaus normal entbunden hat, kann bei der vorliegenden Krankengeschichte somit nicht ausgewiesen werden.

Von den insgesamt 58 471 hier betrachteten Patientinnen wurden 6 391, das sind fast 11 %, wegen einer Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt behandelt, darunter 2 902 wegen eines verhaltenen Abortes (missed abortion) und 1 427 wegen einer spontanen Fehlgeburt (Abortus spontaneus). Zu dieser Patientengruppe gehörten auch Frauen, die stationär eine legale Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen ließen. Knapp die Hälfte der hier betrachteten Patientinnen war zwischen 30 und 39 Jahre, knapp 40 % zwischen 20 und 29 Jahre alt. Auffällig hoch war mit über 6 % der Anteil der wegen einer Fehlgeburt behandelten Patientinnen, die bereits das 40. Lebensjahr vollendet hatten.

Mehr als 13 000 Patientinnen, das sind 23 %, bedurften schwerpunktmäßig der stationären Versorgung wegen Komplikationen, die im Laufe der Schwangerschaft auftraten. Fast 44 % (5 752 Behandlungsfälle) wurden wegen vorzeitiger oder drohender Wehen, rund 16 % (2 118 Behandlungsfälle) wegen im Frühstadium der Schwangerschaft auftretender Blutungen, mehr als 8 % (1 111 Behandlungsfälle) – hier vorwiegend jüngere Schwangere – wegen übermäßigem Schwangerschaftserbrechen (Hyperemesis gravidarum) und rund

Wanderungsströme stationär behandelter Mutterschaftspatientinnen über die Grenzen der Krankenhausversorgungsgebiete 1998¹⁾



1) Nachgewiesen sind Ströme von 100 und mehr Patientinnen.

Patientinnen, die im Zusammenhang mit Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett behandelt wurden, 1998 nach Diagnosegruppen und Alter

Diagnosegruppe der Hauptdiagnose	Insgesamt	Davon im Alter von ... Jahren					
		unter 20	20-29	30-39	40-49	50-59	unbekannt
Anzahl							
Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt	6 391	301	2 546	3 145	396	3	-
Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft auftreten	13 195	960	7 002	4 964	266	2	1
Normale Entbindung sowie andere Indikationen zur Behandlung während der Schwangerschaft	33 595	1 312	16 396	15 340	542	4	1
Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten	4 784	176	2 169	2 332	107	-	-
Komplikationen im Wochenbett	506	24	228	230	21	3	-
Insgesamt	58 471	2 773	28 341	26 011	1 332	12	2
%							
Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt	100	4,7	39,8	49,2	6,2	0,0	-
Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft auftreten	100	7,3	53,1	37,6	2,0	0,0	0,0
Normale Entbindung sowie andere Indikationen zur Behandlung während der Schwangerschaft	100	3,9	48,8	45,7	1,6	0,0	0,0
Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten	100	3,7	45,3	48,7	2,2	-	-
Komplikationen im Wochenbett	100	4,7	45,1	45,5	4,2	0,6	-
Insgesamt	100	4,7	48,5	44,5	2,3	0,0	0,0

7 % (946 Behandlungsfälle) wegen Bluthochdrucks behandelt. Mehr als die Hälfte der wegen Schwangerschaftskomplikationen Betreuten war zwischen 20 und 29 Jahre alt, mehr als 7 % waren jünger. Damit sind jüngere Frauen in dieser Diagnosegruppe vergleichsweise häufig vertreten.

Die meisten der hier betrachteten Patientinnen (33 595 Behandlungsfälle, knapp 58 %) wurden in der Hauptsache wegen einer normalen Entbindung sowie anderer Indikationen während der Schwangerschaft versorgt. Hierzu zählten neben 27 122 Normalgeburten auch 311 registrierte Mehrlingsentbindungen sowie Fälle, in denen Abnormitäten beobachtet wurden, Komplikationen auftraten sowie ggf. unter Anwendung von Kunsthilfen oder Instrumenten geboren wurde.

4 784 Patientinnen, das sind gut 8 % der beobachteten Behandlungsfälle, wurden schwerpunktmäßig wegen Komplikationen im Verlauf der Wehen und der Entbindung versorgt und bei 506 Patientinnen lautete die Hauptdiagnose „Komplikation im Wochenbett“, wobei hier neben dem Puerperalfieber (Kindbettfieber) insbesondere venösen Komplikationen sowie Infektionen der Brust und der Brustwarze größere Bedeutung zukam. Von diesen Komplikationen im Wochenbett waren vergleichsweise viele ältere Wöchnerinnen betroffen.

Stellt man die in der Bevölkerungsstatistik registrierten 39 166 Mütter den 38 885 Patientinnen gegenüber, die aufgrund ihrer Hauptdiagnose sehr wahrscheinlich in einem Krankenhaus entbunden haben, so zeigt sich, dass Hausgeburten die Ausnahme sind.

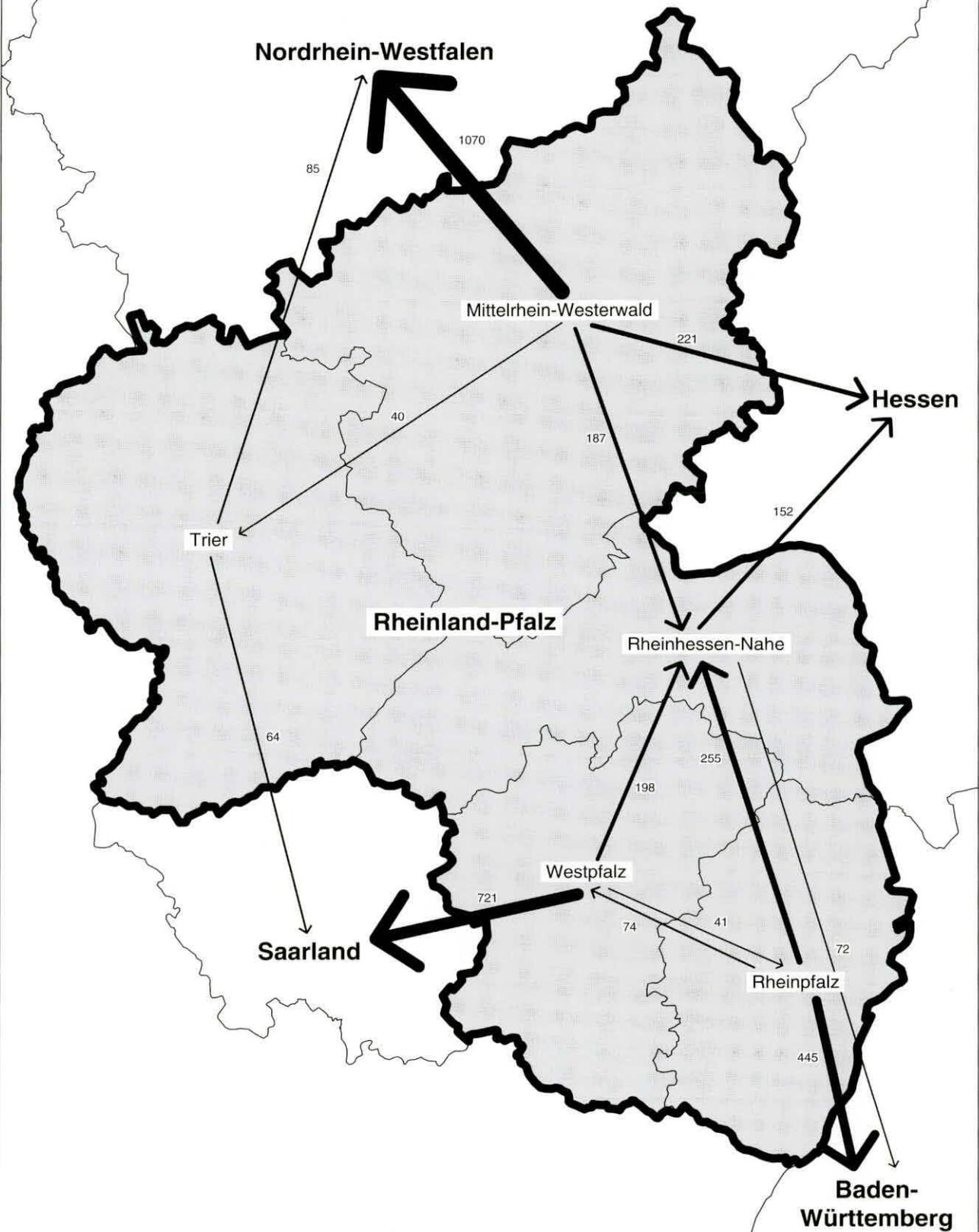
Von den 58 471 Patientinnen wurden knapp 5 % bereits im Laufe des ersten Behandlungstages entlassen.

Besonders hoch war mit über 13 % der Anteil dieser Stundenfälle unter den Patientinnen, die im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft und nachfolgender Fehlgeburt betreut wurden. Bei mehr als einem Viertel der Patientinnen war ein stationärer Aufenthalt von ein bis drei Tagen erforderlich. Mehr als drei Viertel der Patientinnen wurden im Laufe der ersten Behandlungswoche entlassen. Auf eine diagnosespezifische Darstellung der Verweildauer wird hier verzichtet. Die Verweildauer ist so stark von der konkreten Einzeldiagnose geprägt, dass eine Darstellung den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Zudem lassen Durchschnittswerte und Standardabweichungen diagnosespezifisch ermittelter Zeiten der Verweildauer erkennen, dass es sich selbst bei Patientinnen, die aufgrund der gleichen Diagnose behandelt wurden, um sehr inhomogene Gruppen handelt. Ihre Verweildauer könnte aufgrund individuellen Behandlungsbedarfs nur unzureichend durch Mittelwerte beschrieben werden.

Mehr als 40 % der stationär behandelten Säuglinge waren Neugeborene

Im Laufe ihres ersten Lebensjahres wurden 16 294 rheinland-pfälzische Säuglingspatienten, 9 312 Knaben und 6 982 Mädchen, stationär in deutschen Krankenhäusern versorgt. 13 195 Behandlungsfälle wurden aus rheinland-pfälzischen, die Übrigen wiederum fast ausschließlich aus Krankenhäusern angrenzender Bundesländer gemeldet. Die Auspendlerrate lag mit knapp 20 % rund doppelt so hoch wie bei den im vorangegangenen Abschnitt betrachteten Schwangeren und Wöchnerinnen. Den 3 099 rheinland-pfälzischen Patientinnen und Patienten, die außerhalb von Rheinland-Pfalz therapiert wurden, stehen 1 492 nicht rheinland-pfälzi-

Wanderungsströme stationär behandelter Säuglingspatientinnen/-patienten über die Grenzen der Krankenhausversorgungsgebiete 1998¹⁾



1) Nachgewiesen sind Ströme von 40 und mehr Patientinnen/Patienten.

Stationär behandelte Säuglingspatientinnen und -patienten 1998 nach Diagnosegruppen und Alter

Diagnosegruppe	Ins-ge-samt	Davon im Alter von ... Monaten											unbe-kannt	
		unter 1	1 - 2	2 - 3	3 - 4	4 - 5	5 - 6	6 - 7	7 - 8	8 - 9	9 - 10	10 - 11		11 - 12
Anzahl														
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	1 769	267	166	159	155	121	150	165	125	136	128	129	68	-
Neubildungen	242	18	14	17	42	35	17	26	21	22	11	11	7	1
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechsel- krankheiten sowie Störungen im Immunsystem	276	86	23	22	25	15	11	22	12	13	24	15	8	-
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	86	36	6	6	3	1	3	2	3	3	13	5	5	-
Psychiatrische Krankheiten	85	56	3	1	4	3	3	1	-	4	2	5	3	-
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	713	76	49	51	61	50	58	63	58	56	81	67	43	-
Krankheiten des Kreislaufsystems	197	110	13	7	18	15	7	6	6	3	5	4	3	-
Krankheiten der Atmungsorgane	2 328	144	218	237	191	219	243	226	217	195	186	150	102	-
Krankheiten der Verdauungsorgane	942	149	248	151	88	60	43	35	38	31	41	43	14	1
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	643	84	69	71	74	50	46	42	56	41	53	36	21	-
Krankheiten der Haut und des Unterzellgewebes	196	40	24	11	13	10	17	14	17	10	12	20	8	-
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	61	13	5	6	3	3	4	4	4	8	4	5	2	-
Kongenitale Anomalien	1 397	583	144	94	89	77	96	79	66	62	44	43	20	-
Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben	5 124	4 845	97	58	32	31	16	13	9	10	10	1	2	-
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	1 022	236	148	116	100	70	61	62	56	45	57	49	22	-
Verletzungen und Vergiftungen	1 076	85	60	63	63	75	70	107	108	126	148	108	63	-
Unbekannt	52	44	1	1	1	1	1	1	1	-	-	-	1	-
Nichtkranke Zustände	85	47	6	8	3	8	3	5	1	-	1	2	1	-
Insgesamt	16 294	6 919	1 294	1 079	965	844	849	873	798	765	820	693	393	2
%														
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	10,9	3,9	12,8	14,7	16,1	14,3	17,7	18,9	15,7	17,8	15,6	18,6	17,3	-
Neubildungen	1,5	0,3	1,1	1,6	4,4	4,1	2,0	3,0	2,6	2,9	1,3	1,6	1,8	50,0
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechsel- krankheiten sowie Störungen im Immunsystem	1,7	1,2	1,8	2,0	2,6	1,8	1,3	2,5	1,5	1,7	2,9	2,2	2,0	-
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	0,5	0,5	0,5	0,6	0,3	0,1	0,4	0,2	0,4	0,4	1,6	0,7	1,3	-
Psychiatrische Krankheiten	0,5	0,8	0,2	0,1	0,4	0,4	0,4	0,1	-	0,5	0,2	0,7	0,8	-
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	4,4	1,1	3,8	4,7	6,3	5,9	6,8	7,2	7,3	7,3	9,9	9,7	10,9	-
Krankheiten des Kreislaufsystems	1,2	1,6	1,0	0,6	1,9	1,8	0,8	0,7	0,8	0,4	0,6	0,6	0,8	-
Krankheiten der Atmungsorgane	14,3	2,1	16,8	22,0	19,8	25,9	28,6	25,9	27,2	25,5	22,7	21,6	26,0	-
Krankheiten der Verdauungsorgane	5,8	2,2	19,2	14,0	9,1	7,1	5,1	4,0	4,8	4,1	5,0	6,2	3,6	50,0
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	3,9	1,2	5,3	6,6	7,7	5,9	5,4	4,8	7,0	5,4	6,5	5,2	5,3	-
Krankheiten der Haut und des Unterzellgewebes	1,2	0,6	1,9	1,0	1,3	1,2	2,0	1,6	2,1	1,3	1,5	2,9	2,0	-
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	0,4	0,2	0,4	0,6	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,7	0,5	-
Kongenitale Anomalien	8,6	8,4	11,1	8,7	9,2	9,1	11,3	9,0	8,3	8,1	5,4	6,2	5,1	-
Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben	31,4	70,0	7,5	5,4	3,3	3,7	1,9	1,5	1,1	1,3	1,2	0,1	0,5	-
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	6,3	3,4	11,4	10,8	10,4	8,3	7,2	7,1	7,0	5,9	7,0	7,1	5,6	-
Verletzungen und Vergiftungen	6,6	1,2	4,6	5,8	6,5	8,9	8,2	12,3	13,5	16,5	18,0	15,6	16,0	-
Unbekannt	0,3	0,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-	-	0,3	-
Nichtkranke Zustände	0,5	0,7	0,5	0,7	0,3	0,9	0,4	0,6	0,1	-	0,1	0,3	0,3	-
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

sche Einpendler gegenüber, die hier behandelt wurden. Auch bei den Säuglingen lag somit ein deutlich positiver Auspendlersaldo vor; es wurden mehr als doppelt so viele rheinland-pfälzische Säuglinge in Einrichtungen außerhalb des Landes versorgt wie nicht rheinland-pfälzische Patienten in Krankenhäusern des Landes.

Insbesondere nach Nordrhein-Westfalen und in das Saarland waren – im Vergleich zu den behandelten Schwangeren und Wöchnerinnen – deutlich stärkere relative Auspendlerströme zu beobachten. Während von den im vorangegangenen Abschnitt betrachteten rheinland-pfälzischen Patientinnen rund 2,8 % nordrhein-westfälische, 2,1 % baden-württembergische und 2 % saarländische Krankenhäuser aufsuchten, wurden

von den Säuglingspatientinnen und -patienten 7,5 % in nordrhein-westfälischen, 3,4 % in baden-württembergischen und 5 % in saarländischen Einrichtungen versorgt. Auch für die Säuglinge lassen sich die Wanderungsströme zwischen den Krankenhausversorgungsbereichen und in angrenzende Bundesländer in einer Karte veranschaulichen. Eine Analyse der Kreiszahlen zeigt, dass angesichts der wesentlich breiteren Streuung pädiatrischer Fachabteilungen die wohnkreisbezogenen Patientenwanderungen bei Säuglingen deutlich stärker ausfallen als bei Frauen, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett behandelt wurden. So wurden nur in den Städten Mainz, Trier und Ludwigshafen jeweils über 90 % der Säuglinge in ein örtliches Krankenhaus ein-

geliefert. Im Landkreis Birkenfeld sicherte die kinderheilkundliche Fachabteilung am Krankenhaus Idar-Oberstein die Regionalversorgung, sodass auch hier nur wenige Säuglinge aus diesem Wohnsitzkreis in Krankenhäuser außerhalb des Kreisgebietes eingewiesen wurden. In weiten Bereichen des Landes mussten für die stationäre Säuglingsbehandlung hingegen Kreis- und ggf. auch Landesgrenzen überschritten werden.

Mehr als 40 % der hier betrachteten Behandlungsfälle waren Neugeborene. So wurden insgesamt 5 124 Säuglinge, darunter 4 845 Neugeborene im ersten Lebensmonat, wegen Affektionen behandelt, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit hatten. Besonders häufig mussten in diesem Zusammenhang Krankheiten durch verkürzte Schwangerschaftsdauer und Geburtsuntergewicht (1 877 Fälle), spezielle Infektionen in der Perinatalzeit (786 Fälle) sowie spezifische respiratorische Erkrankungen, das sind infektiöse Erkrankungen der Luftwege, insbesondere des Bronchialbereichs (576 Fälle), therapiert werden. Eine weitere insbesondere von Neugeborenen häufig besetzte Diagnosegruppe waren Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen. Hier handelt es sich in der Regel um Krankheitsbilder, deren Ursache nicht eindeutig ermittelt werden kann. Diese unspezifische Diagnosegruppe war mit zunehmendem Kindesalter sowohl absolut als auch relativ immer schwächer besetzt; das heißt, es waren mit zunehmendem Alter absolut weniger Säuglinge betroffen und im Vergleich zu anderen Erkrankungen hatte diese Diagnosegruppe mit zunehmendem Säuglingsalter ein geringeres Gewicht. Auch Leiden, die der Gruppe der infektiösen und parasitären Erkrankungen zugerechnet werden, waren insbesondere für Neugeborene, aber auch für ältere Säuglinge häufig ursächlich für den stationären Krankenhausaufenthalt. Therapiert wurden hier insbesondere mangelhaft bezeichnete Infektionen des Verdauungssystems (780 Fälle) sowie intestinale, das heißt durch bestimmte Erreger hervorgerufene Darminfektionen (549 Fälle). Häufig waren Krankheiten der Atmungsorgane Grund für einen Krankenhausaufenthalt. Auch hiervon waren Säuglinge aller Altersgruppen betroffen. Therapiert wurde vorwiegend eine akut vorliegende Bronchitis bzw. Bronchioli-

tis (711 Fälle). Fast 1 400 Säuglingspatientinnen und -patienten wurden aufgrund kongenitaler Anomalien, das heißt aufgrund von Schädigungen behandelt, die durch entsprechende Erbanlagen bedingt waren. 1 076 Behandlungen wurden durch Verletzungen und Vergiftungen notwendig. Bei 418 dieser kleinen Patientinnen und Patienten wurde eine Gehirnerschütterung, bei 207 wurden Prellungen des Gesichtes, der Kopfschwarte und des Halses diagnostiziert.

Die durchschnittliche Verweildauer der Säuglinge im Krankenhaus lag bei rund zehn Tagen, erkrankte Neugeborene verbrachten im Durchschnitt rund die Hälfte ihres ersten Lebensmonats in stationären Einrichtungen. Auch hier soll angesichts der diagnose- und individualspezifischen Besonderheiten auf eine differenzierte Darstellung von Daten zur Verweildauer verzichtet werden.

Infertilitätsbehandlungen überwiegend bei Frauen und Männern zwischen 30 und 40

Im Jahr 1998 ließen sich 180 Rheinland-Pfälzer und 1 355 Rheinland-Pfälerinnen wegen unerfüllten Kinderwunsches stationär in einem deutschen Krankenhaus therapieren. Da davon auszugehen ist, dass Infertilitätsbehandlungen vorwiegend ambulant von niedergelassenen Ärzten erbracht werden, spiegelt sich in den hier dargestellten Zahlen nicht annähernd die reale Dimension des Problems „unerfüllter Kinderwunsch“. Gleichwohl sollen diese Zahlen zur Abrundung des Themenkreises Mutterschaft präsentiert werden. Jeweils knapp 60 % der betroffenen Männer und Frauen waren 30 bis 39 Jahre alt, knapp 10 % der Frauen und rund ein Viertel der betroffenen Männer hatten bereits das 40. Lebensjahr vollendet. 16 % der männlichen und rund ein Drittel der weiblichen Patienten waren jünger als 30 Jahre. Die durchschnittliche stationäre Verweildauer der Männer lag bei 1,5 Tagen, die der Frauen bei rund 2,5 Tagen.

Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 1998

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe –

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine alle fünf Jahre durchgeführte bundesweite Erhebung aus dem Bereich der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Zweck der EVS ist es, umfassende statistische Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage von privaten Haushalten unterschiedlicher Größen und Typen sowie aus verschiedenen sozialen Gruppen zu erhalten.

Schwerpunkt der Erhebung ist die Erfassung aller Einnahmen und Ausgaben und der Nachweis von vorhandenem Sach- und Geldvermögen sowie von Schulden. In einem so genannten Einführungsinterview werden Daten zur Wohnsituation und zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern erfasst. Über den letztgenannten Komplex und über methodische Grundsatzfragen wurde bereits in den Statistischen Monatsheften berichtet¹⁾.

Nicht einbezogen in die Erhebung werden Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

Zum ersten Mal Ergebnisse für ein Halbjahr

Die für 1998 neu konzipierte EVS wurde mit einem Einführungsinterview im Januar 1998 eröffnet und mit der Erhebung aller Einnahmen und Ausgaben in „Haushaltsbüchern“ für ein Quartal sowie detaillierter Wert- und Mengenangaben zu den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in „Feinaufzeichnungsheften“ für einen Monat bei ausgewählten und freiwillig mitwirkenden Haushalten im Jahr 1998 fortgesetzt.

Zum ersten Mal werden Ergebnisse einer EVS für ein halbes Jahr veröffentlicht. Dieses Verfahren ist möglich, da infolge des veränderten Erhebungsablaufs die vollständigen Angaben von jedem Haushalt nicht erst zum Ende des Erhebungsjahres, sondern direkt nach dem Quartal, in dem der Haushalt das Buch führte, vorliegen. Aus diesem Grund können der Öffentlichkeit erste Ergebnisse früher präsentiert werden.

Die schnellere Verfügbarkeit von Halbjahresdaten hat den Nachteil, dass ein Vergleich mit den Jahresdaten der letzten EVS im Jahr 1993 gewisse Verzerrungen aufweisen kann. Veränderungen im Vergleich zu den Halbjahresergebnissen sind auf der Einkommenseite nicht auszuschließen – zum Beispiel durch Sonderzahlungen oder durch im 2. Halbjahr 1998 erfolgte Rentenerhöhungen und Tarifabschlüsse. Gleiches gilt für die Ausgabenseite durch saisonale Sonderausgaben wie Urlaubsreisen, Einschulung der Kinder oder Käufe von Weihnachtsgeschenken. Ein problemloser Vergleich

¹⁾ Hawliczek, Ingo: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/99, S. 58 ff.

der 1998er- mit den 1993er-Ergebnissen ist erst nach Abschluss der Jahresaufbereitung durch das Statistische Bundesamt voraussichtlich ab Herbst dieses Jahres möglich. Im Folgenden soll auf die den statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellten Eckdaten eingegangen werden; dabei bleibt der Vergleich zu den Daten der EVS 1993 aus den dargelegten Gründen eingeschränkt.

Die Halbjahresergebnisse für Rheinland-Pfalz basieren auf den Angaben aus den Haushaltsbüchern von 1 631 Haushalten, die mit den Daten des Mikrozensus 1998 auf die Gesamtzahl der rheinland-pfälzischen Haushalte hochgerechnet wurden. Zwar wurde im Land die Quotenvorgabe von 1 815 Haushalten nicht ganz erreicht, doch liegt der Wert mit 90 % des Solls deutlich über dem Bundesdurchschnitt (84 %). Von allen 16 Bundesländern erreichte Rheinland-Pfalz Rang sechs hinsichtlich der Sollvorgabe.

Verschiedene Quellen bestimmen das Haushaltsbruttoeinkommen

Die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz – im 1. Halbjahr 1998 beliefen sie sich im Durchschnitt auf 6 501 DM im Monat – werden aus unterschiedlichen Quellen gespeist:

- Einkommen aus Erwerbstätigkeit.
- Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen. Hierunter fallen Bruttorenten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung sowie berufsständischer Versorgungswerke, ferner öffentliche Pensionen, Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe, Kinder-, Mutterschafts- und Erziehungsgeld, Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung, Erstattungen von Arzt-, Krankenhaus- und Arzneimittelkosten, BAföG und Wohngeld.

Ausgewählte Einkommen und Ausgaben privater Haushalte 1993 und im 1. Halbjahr 1998

Gegenstand der Nachweisung	1993	1998	
	DM je Haushalt und Monat	DM je Haushalt und Monat	%
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3 316	3 434	3,6
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 101	1 437	30,5
Haushaltsbruttoeinkommen	5 927	6 501	9,7
Direkte Steuern, Solidaritätszuschlag	611	630	3,1
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	519	625	20,4
Haushaltsnettoeinkommen	4 797	5 246	9,4
Nachrichtlich: Haushalte in 1 000	1 674	1 760	

- Einkommen aus Vermögen. Dazu rechnen Zinsen, Dividenden, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen. Bei Haushalten, die Wohnungseigentum besitzen und es selbst nutzen, wird ein so genannter Mietwert der Eigentümerwohnung bzw. des eigenen Wohnhauses dem tatsächlichen Bruttoeinkommen zugerechnet. Dieser errechnete Wert soll der Durchschnittsmiete vergleichbarer Mietwohnungen, reduziert um die getätigten Ausgaben für den Erhalt des eigengenutzten Wohnraums, entsprechen.
- Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen sowie andere Einnahmen. Zu dieser Kategorie zählen zum Beispiel Werks- und Betriebsrenten oder Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte.

Anstieg der Haushaltsbruttoeinkommen über dem Bundesdurchschnitt

Die Angabe von durchschnittlichen Einkommen ist nicht ganz unproblematisch. Die im Folgenden genannten Haushaltseinkommen stellen den Mittelwert für alle Haushalte dar, das heißt, sie werden bestimmt von der Zahl der Einkommensbezieher in den Haushalten, der Haushaltsgröße, der sozialen Stellung und der Art und Zahl der verschiedenen Einkommensarten. Der Begriff Einkommen wird im allgemeinen Verständnis vielfach mit dem Lohn oder dem Gehalt gleichgestellt; dabei wird jedoch leicht übersehen, dass Haushalte auch eine oder mehrere Arten der genannten Transferzahlungen erhalten. Vielfach bleiben auch die verschiedenen Arten der Einnahmen aus Vermögen unberücksichtigt, sie zählen jedoch ebenfalls zum Einkommen.

Gegenüber dem Jahr 1993 liegen die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz im 1. Halbjahr 1998 um 9,7 % höher. Der monatliche Wert erhöhte sich von 5 927 auf 6 501 DM. Damit lag die Steigerungsrate im Land über dem Wert des früheren Bundesgebietes (6,4 %); die absoluten Werte erreichten dort eine Größenordnung von 6 173 bzw. 6 565 DM. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost wurde eine Veränderungsrate von +19 % ermittelt, für Deutschland von +8,5 %.

Im Beobachtungszeitraum sind die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Land moderat gestiegen; sie nahmen von 3 316 DM um 3,6 % auf monatlich 3 434 DM für den Durchschnitt aller Haushalte zu. Dabei entfielen im 1. Halbjahr 1998 auf den Haupteinkommensbezieher bzw. die Haupteinkommensbezieherin rund 2 700 DM, auf den Ehegatten bzw. die Ehegattin oder den Lebensgefährten bzw. die Lebensgefährtin 570 DM.

Zwischen 1993 und dem 1. Halbjahr 1998 nahmen die Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen und Vermögen beachtlich zu. Im Durchschnitt erhielt jeder Haushalt monatlich 1 437 DM aus Transferzahlungen, das sind knapp 31 % mehr als 1993. Diese Entwicklung hängt mit der steigenden Zahl der Renten- und Pensionsbezieher, der erhöhten Arbeitslosigkeit sowie den angehobenen Beträgen des Kindergeldes zusammen. Dieses hat sich von 57 DM auf durchschnittlich 123 DM je Haushalt mehr als verdoppelt. Noch höher als bei

den Transferzahlungen lag die Steigerungsrate bei den Einkünften aus Vermögen; im Mittel kam es im 1. Halbjahr 1998 je Haushalt zu Einkommen von monatlich 980 DM, 36 % mehr als 1993.

Durchschnittliches Nettoeinkommen je Haushalt über 5 000 DM im Monat

Im Landesdurchschnitt erhöhten sich die den Haushalten zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen seit 1993 von 4 797 DM auf 5 246 DM monatlich im 1. Halbjahr 1998. Diese Steigerung um 9,4 % ist höher als die im früheren Bundesgebiet (+5,9 %).

In der Differenzierung nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin – unberücksichtigt bleiben bei der Interpretation der Ergebnisse des 1. Halbjahres 1998 die Haushalte der Selbständigen und Arbeitslosen wegen eines zu geringen Repräsentationsgrades – liegen die Haushalte der Beamtinnen und Beamten an der Spitze der Einkommensskala. Mit einer Steigerungsrate von 14 % während des fünfjährigen Beobachtungszeitraums bringen sie es im Mittel auf monatlich 8 272 DM. Eine beachtliche Steigerungsrate konnten auch die Nichterwerbstätigen mit 12,9 % verbuchen; ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen wurde mit 3 968 DM ermittelt. Nicht so hoch waren die Zunahmen bei den Haushalten der Angestellten und Arbeiter bzw. Arbeiterinnen (3,1 bzw. 9,2 %), die es monatlich auf 6 320 bzw. 5 235 DM brachten.

Die hier zu Tage tretenden beachtlichen Unterschiede zwischen den Nettoeinkommen der verschiedenen sozialen Gruppen machen die Problematik der Vergleiche von Durchschnittseinkommen erneut deutlich und sollen deshalb durch einige Ausführungen erläutert werden.

Für die Ermittlung der Durchschnittseinkommen spielt u. a. die anteilige Zusammensetzung der jeweiligen sozialen Gruppe hinsichtlich Ausbildung, Beschäftigungsumfang und Geschlecht eine wesentliche Rolle. So führt bei Beamten die im Vergleich mit Angestellten und Arbeitern mehrheitlich höhere Qualifikation zu einem höheren Arbeitseinkommen. Bei Beamten gibt es keine geschlechtsbedingten Einkommensunterschiede, während bei Angestellten und vor allem bei Arbeitern Frauen häufiger in den unteren Vergütungs- und Lohngruppen zu finden sind als Männer, was bei einer entsprechend hohen Frauenbeschäftigung in der Tendenz zu niedrigeren Durchschnittseinkommen in der jeweiligen sozialen Gruppe führt. Auch die Anteile der Teilzeitbeschäftigten, die wesentlich niedrigere Arbeitseinkommen haben, liegen in der Gruppe der Angestellten und Arbeiter deutlich über dem vergleichbaren Anteil bei den Beamten. Ein weiterer Aspekt für die höher liegenden Nettoeinkommen von Beamtenhaushalten ist auch die Tatsache, dass hiervon noch Beiträge zur privaten Krankenversicherung in Abzug gebracht werden müssen, während bei den Arbeitern und Angestellten (mit Ausnahme der „besserverdienenden“ höheren Angestellten) die hohen Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung bereits bei der Ermittlung des Nettoeinkommens

Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen im 1. Halbjahr 1998 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Durchschnittliches Nettoeinkommen je Haushalt und Monat
	1 000		DM
Alleinlebende	575		3 024
Paare ¹⁾	848		6 012
ohne Kind	516		5 651
mit Kind(ern) ²⁾	332		6 575
Haushalte insgesamt	1 760		5 246

1) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

mens abgesetzt wurden. In jedem Falle sind auch hier vergleichende Darstellungen der einbezogenen sozialen Gruppen nicht ohne genauere Kenntnis ihrer Struktur voll aussagefähig.

Die Aufgliederung des Nettoeinkommens nach Haushaltstypen zeigt, dass Paare einen fast doppelt so hohen Betrag zur Verfügung haben (6 012 DM) wie Alleinlebende (3 024 DM). Bei Paaren ohne Kinder reduziert sich das monatliche Nettoeinkommen auf 5 651 DM, diejenigen mit einem Kind oder mehreren Kindern liegen um fast 1 000 DM darüber (6 575 DM). Hier spielt das monatliche Kindergeld von durchschnittlich 414 DM eine beachtliche Rolle.

Jeder achte Haushalt mit 4 000 bis 5 000 DM Nettoeinkommen

Bedingt durch den eingeschränkten Repräsentationsgrad der Ergebnisse des 1. Halbjahres 1998 sind Nachweise für die unteren Einkommensklassen nur mit einem gewissen Vorbehalt möglich. Jeder vierte Haushalt (24,4 %) musste mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1 000 und 3 000 DM auskommen. Gut 42 % der Haushalte verfügten über 3 000 bis 6 000 DM. Die stärkste Gruppe bildete hier die Kategorie 3 000 bis 4 000 DM mit einem Anteil von 18 %. Weiterhin gut besetzt sind die Kategorien 4 000 bis

Haushalte im 1. Halbjahr 1998 nach Haushaltsnettoeinkommensklassen

Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte		Durchschnittliches Nettoeinkommen je Haushalt und Monat
	1 000	%	DM
unter 1 000	/	/	/
1 000 - 1 800	(115)	(6,5)	(1 415)
1 800 - 2 500	(164)	(9,3)	(2 174)
2 500 - 3 000	(151)	(8,6)	(2 805)
3 000 - 4 000	317	18,0	3 460
4 000 - 5 000	218	12,4	4 482
5 000 - 6 000	210	11,9	5 482
6 000 - 7 000	165	9,4	6 426
7 000 - 8 000	121	6,9	7 440
8 000 - 10 000	142	8,1	8 838
10 000 - 35 000	137	7,8	13 386
Haushalte insgesamt	1 760	100	5 246

5 000 DM (12,4 %) und 5 000 bis 6 000 DM (11,9 %). Immerhin rund 32 % der Haushalte hatten ein höheres Haushaltseinkommen zur Verfügung.

Ein Vergleich der Erhebungen des Jahres 1993 und des 1. Halbjahres 1998 ist nicht möglich, da unterschiedliche Klassenabgrenzungen vorgenommen wurden. Nur in der Kategorie 10 000 bis 35 000 DM gibt es vergleichbare Grenzen; der Anteil der Haushalte mit diesem Nettoeinkommen nahm von 4,6 auf 7,8 % zu.

Weniger Ersparnisse

Etwas höher als die Nettoeinkommen der Haushalte sind die ausgabefähigen Beträge, da noch in geringem Umfang Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen (hierzu zählen z.B. Erstattungen von Energiekosten und Rückvergütungen auf Warenkäufe) dazu addiert werden. Für alle Haushalte in Rheinland-Pfalz errechnet sich ein Betrag von 5 347 DM, er liegt um 10,2 % höher als der des Jahres 1993. Haushalten von Beamten und Angestellten stehen Mittel in Höhe von 8 494 bzw. 6 451 DM (+15,9 bzw. + 3,8 %) monatlich zur Verfügung, bei Arbeitern und Nichterwerbstätigen waren es mit 5 282 bzw. 4 048 DM deutlich niedrigere Beträge (+8,6 bzw. +14,2 %).

Ebenso wie in den Ländern des früheren Bundesgebiets sank auch in Rheinland-Pfalz der in den letzten fünf Jahren den Haushalten zur Verfügung stehende Betrag für Ersparnisse. Er lag auf Landesebene monatlich mit 598 DM um 40 DM niedriger als 1993; in den alten Bundesländern reduzierte sich der Wert innerhalb von fünf Jahren von 658 auf 624 DM.

Privater Verbrauch steigt an

Mehr als drei Viertel der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Höhe von 5 347 DM verwendeten die Haushalte in Rheinland-Pfalz im 1. Halbjahr 1998 für den privaten Verbrauch. Mit 78,8 % liegt die Quote der Verbrauchsausgaben (4 216 DM) geringfügig über der des früheren Bundesgebiets (77,2 %; 4 136 DM). Verglichen mit der letzten Stichprobe 1993 verwendeten die Haushalte im Land einen größeren Anteil ihrer Einnahmen für den privaten Verbrauch. Damals entfielen auf die Verbrauchsausgaben im Durchschnitt monatlich 3 561 DM oder 73,4 % der ausgabefähigen Einkommen in Höhe von 4 851 DM.

Bei allen sozialen Gruppen kam es in den fünf Jahren zu einem Anstieg der Ausgaben für den privaten Verbrauch. Über dem Durchschnitt von +18,4 % lagen Arbeiter und Beamte (+20,3 bzw. +21 %) sowie Nichterwerbstätige (+24,9 %), bei Angestellten kam es zu einem Anstieg von 9 %.

Wofür brauchen die Haushalte ihr Geld?

Der wichtigste Posten in den Budgets der Haushalte ist die Position Wohnen, zu der die Kosten für Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung gerechnet werden. Im Durchschnitt wurden hierfür von den rheinland-pfälzischen Haushalten im 1. Halbjahr 1998 zusammen

**Monatliche Ausgaben privater Haushalte für den privaten Verbrauch im 1. Halbjahr 1998
nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher**

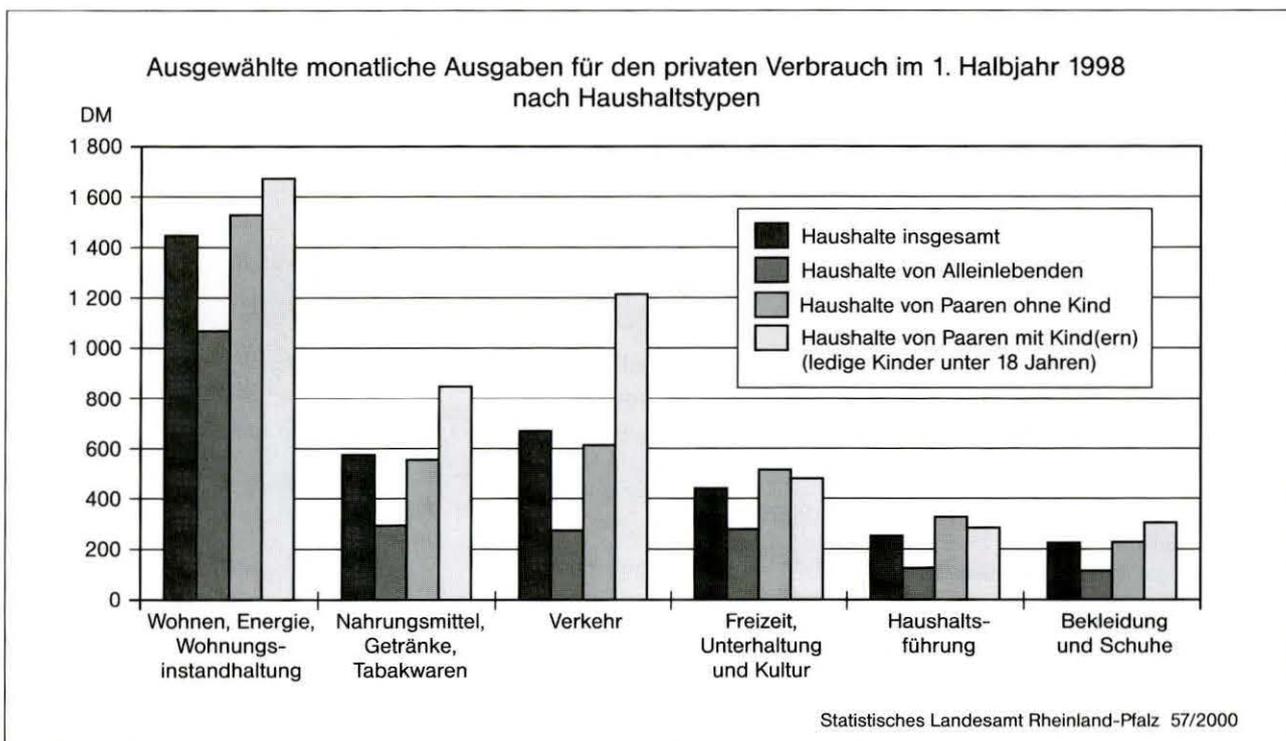
Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt		Davon soziale Stellung der Haupteinkommensbezieher							
			Beamte		Angestellte		Arbeiter		Nichtwerbstätige	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	575	13,6	736	11,9	632	13,5	673	15,5	449	12,6
Bekleidung und Schuhe	225	5,3	363	5,9	284	6,1	224	5,1	162	4,6
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	1 447	34,3	1 793	29,0	1 472	31,4	1 367	31,4	1 432	40,3
darunter										
Wohnungsmieten u. Ä.	1 072	25,4	1 262	20,4	1 111	23,7	1 050	24,1	1 027	28,9
Energie	207	4,9	227	3,7	190	4,0	200	4,6	207	5,8
Haushaltsführung	253	6,0	464	7,5	286	6,1	238	5,5	219	6,2
Gesundheitspflege	157	3,7	594	9,6	96	2,0	63	1,4	166	4,7
Verkehr	668	15,8	826	13,3	779	16,6	994	22,8	408	11,5
Nachrichtenübermittlung	102	2,4	133	2,2	112	2,4	114	2,6	85	2,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	441	10,5	744	12,0	538	11,5	370	8,5	379	10,6
Bildungswesen	19	0,4	(37)	(0,6)	32	0,7	(16)	(0,4)	(8)	(0,2)
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	180	4,3	294	4,8	257	5,5	149	3,4	135	3,8
Andere Waren und Dienstleistungen	149	3,5	207	3,3	193	4,1	147	3,4	114	3,2
Privater Verbrauch	4 216	100	6 191	100	4 681	100	4 352	100	3 558	100
Nachrichtlich: Haushalte in 1 000	1 760		94		473		356		663	

1 447 DM ausgegeben, das ist gut ein Drittel (34,3 %) des privaten Verbrauchs. Die Ausgaben für die Position Wohnen haben sich in der Vergangenheit am stärksten erhöht; seit 1993 (1 003 DM) gab es ein Plus von 44 %. Damals machte der Anteil am privaten Verbrauch „nur“ 28,2 % aus.

Der zweithöchste Posten innerhalb des privaten Verbrauchs entfällt auf die Position Verkehr. Hier haben die monatlichen Ausgaben seit 1993 von 552 DM (15,5 %) auf 668 DM (15,8 %) zugenommen. Dieser Anteil liegt deutlich über dem des früheren Bundesgebietes

(13,7 %; 568 DM) und zeigt die besondere Struktur des Flächenlandes Rheinland-Pfalz, das durch einen hohen Pendleranteil am Stichtag 1. Juli 1998 auf eine Kraftfahrzeugdichte von 544 Pkw je 1 000 Einwohner kam. In Deutschland beläuft sich diese Zahl dagegen nur auf 508.

Seit Jahren rückläufig sind die von den Haushalten verwendeten Beträge für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Auf sie entfielen 1998 monatlich im Mittel 575 DM oder 13,6 % des privaten Verbrauchs. Im Jahr 1993 erreichte diese Quote noch 16,8 %.



Monatliche Ausgaben privater Haushalte für den privaten Verbrauch im 1. Halbjahr 1998 nach Haushaltsgröße

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt		Davon Haushalte mit ... Person(en)							
			1		2		3		4 und mehr	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	575	13,6	294	11,7	545	12,5	794	14,7	949	15,9
Bekleidung und Schuhe	225	5,3	114	4,5	223	5,1	302	5,6	361	6,1
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung darunter	1 447	34,3	1 068	42,4	1 505	34,5	1 586	29,3	1 904	31,9
Wohnungsmieten u. Ä.	1 072	25,4	778	30,9	1 110	25,4	1 201	22,2	1 421	23,8
Energie	207	4,9	147	5,8	207	4,7	251	4,6	275	4,6
Haushaltsführung	253	6,0	126	5,0	308	7,0	279	5,1	360	6,0
Gesundheitspflege	157	3,7	66	2,6	220	5,0	152	2,8	209	3,5
Verkehr	668	15,8	275	10,9	592	13,5	1 289	23,8	978	16,4
Nachrichtenübermittlung	102	2,4	80	3,2	108	2,5	114	2,1	124	2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	441	10,5	279	11,1	509	11,6	509	9,4	548	9,2
Bildungswesen	19	0,4	(8)	(0,3)	(13)	(0,3)	(18)	(0,3)	50	0,8
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	180	4,3	120	4,8	195	4,5	191	3,5	251	4,2
Andere Waren und Dienstleistungen	149	3,5	89	3,5	151	3,5	179	3,3	227	3,8
Privater Verbrauch	4 216	100	2 518	100	4 368	100	5 412	100	5 961	100
Nachrichtlich: Haushalte in 1 000	1 760		575		589		276		320	

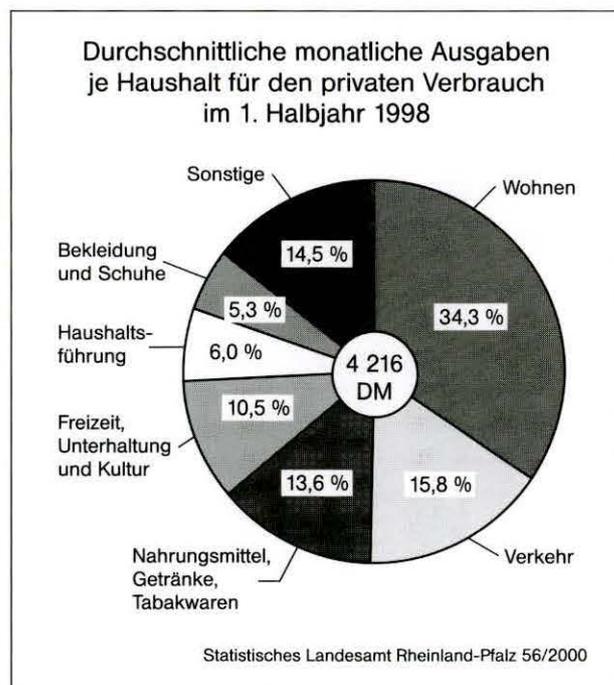
Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur setzten die Haushalte 441 DM monatlich aus ihrem Budget ein (10,5 %); dieser Posten wird im Zuge des Trends zur „Freizeitgesellschaft“ – ebenso wie in der Vergangenheit – weiter ansteigen. Eine etwas herausgehobene Stellung hat noch die Position Anschaffungen zur Innenausstattung der Wohnung, für Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie entsprechende Dienstleistungen – kurz als Haushaltsführung bezeichnet – mit 253 DM und 6 % Anteil sowie der Posten Bekleidung und Schuhe mit 225 DM (5,3 %).

Weniger Bedeutung haben von der Verbrauchsseite her die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen (180 DM; 4,3 %), Gesundheitspflege (157 DM; 3,7 %), Nachrichtenübermittlung (102 DM; 2,4 %), Bildungswesen (19 DM; 0,4 %) sowie andere Waren und Dienstleistungen (149 DM; 3,5 %).

Einkommen, Haushaltsgröße und Haushaltstyp bestimmen die Höhe des privaten Verbrauchs

Wesentlich bestimmt wird die Struktur des privaten Verbrauchs durch die dem Haushalt zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Nach Befriedigung der Grundbedürfnisse bleiben dem Haushalt mit geringem Einkommen kaum freie Mittel. Da Haushalte mit geringem Einkommen auf Landesebene nicht entsprechend repräsentiert sind, soll bei einem Vergleich auf die Nettoeinkommensgruppen 3 000 bis 4 000 DM und 8 000 bis 10 000 DM zurückgegriffen werden.

Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 3 000 bis 4 000 DM hatten einen durchschnittlichen privaten Verbrauch von 3 112 DM; hiervon gaben sie allein für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernähren und Kleiden monatlich 1 781 DM aus, das sind 57,2 % des Verbrauchs. Bei den Haushalten mit monatlich 8 000 bis 10 000 DM Nettoeinkommen lag der private Verbrauch



mit 6 508 DM mehr als doppelt so hoch, für die Befriedigung der Grundbedürfnisse wurden 3 330 DM oder 51,2 % der Geldmittel des privaten Verbrauchs benötigt. Bei einem Vergleich der Zahlen muss man sich allerdings darüber im Klaren sein, dass hinter den Angaben sehr unterschiedliche Quantitäten, Qualitäten und Strukturen der von den Haushalten erworbenen Güter und Dienstleistungen stehen.

Während die Haushalte der höheren Einkommenskategorie für das Wohnen den 1,7fachen Betrag und für Nahrungsmittel das 1,9fache ausgaben, haben sie für Bekleidung und Schuhe fast dreimal so viel aufgewendet wie Haushalte mit geringerem Einkommen. Weitaus höher waren auch die Ausgaben für die Bereiche Verkehr (2,7fach), Gesundheitspflege (2,6fach) und Haushaltsführung (2,4fach).

Bestimmende Faktoren der Höhe und Struktur des privaten Verbrauchs sind neben der Einkommenshöhe die Haushaltsgröße und der Haushaltstyp. Alleinlebende mit einem durchschnittlichen monatlichen Verbrauch von 2 518 DM im 1. Halbjahr 1998 benötigten gut 42 % dieses Betrages, um die Ausgaben für das Wohnen bestreiten zu können; zusammen mit den Kosten für die Ernährung (11,7 %) gaben sie mehr als die Hälfte ihrer Aufwendungen für diese Grundbedürfnisse aus

(1 362 DM; 54 %). Paare ohne Kind, die im Durchschnitt über ausgabefähige Einkommen und Einnahmen in fast 1,9facher Höhe der Alleinlebenden verfügen konnten, setzten für diese Ausgaben nur 47 % oder 2 084 DM des privaten Verbrauchs ein. Dies ist in erster Linie auf die relativ deutlich niedrigeren Ausgaben für das Wohnen zurückzuführen, deren Anteil bei 34 % lag. Diese Quote ist bei Haushalten mit einem Kind oder mehreren Kindern mit knapp 31 % noch geringer. Durch die hier verständlicherweise höheren Ausgaben für Ernährung in Höhe von rund 850 DM – sie liegen damit um 300 DM über dem Wert für kinderlose Paare – ergeben sich zusammen mit den Kosten für Wohnen monatliche Ausgaben von 2 519 DM oder 46 % des privaten Verbrauchs.

Gut 22 % der von Paaren mit Kindern getätigten Ausgaben sind für den Bereich Verkehr bestimmt. Mit monatlich rund 1 200 DM ist dieser Betrag fast doppelt so hoch wie bei kinderlosen Paaren und gut viermal so groß wie bei Alleinlebenden. Paare mit Kindern haben prozentual geringere Ausgaben als diejenigen ohne Kinder in den Bereichen Haushaltsführung, Gesundheitspflege, Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie Gaststättenbesuche und Übernachtungen außer Haus.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Verdienste im produzierenden Gewerbe 1999

Die laufende Verdiensterhebung erfasst für die Monate Januar, April, Juli und Oktober die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe sowie die Gehälter der Angestellten im produzierenden Gewerbe, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe, untergliedert nach Leistungsgruppen. Dabei wird die Summenmethode angewendet, d. h. erfragt werden nicht Angaben für einzelne Personen, sondern beispielsweise die Gehaltssumme einer Angestellten-Gruppe sowie deren Kopfzahl. Die Erhebung erfolgt als Stichprobe. In Rheinland-Pfalz werden rund 14 % der zur Auswahlmasse zählenden Betriebe befragt. In den Wirtschaftsbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung werden Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmern in die Erhebung einbezogen, im Baugewerbe sowie in den Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Be-

triebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern. Der Betrieb ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Es werden alle Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten der Stichprobenbetriebe einbezogen. Ausgenommen sind die Teilzeitbeschäftigten, Auszubildenden, mithelfenden Familienangehörigen sowie Personen, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden. Ebenfalls nicht erfasst werden leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Als Arbeiter gelten Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, als Angestellte zählen Arbeitnehmer, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder die von der Versicherungspflicht aufgrund besonderer Vorschriften befreit sind.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste 1999 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsbereich Wirtschaftszweig	Arbeiter/-innen			Angestellte		
	Männer	Frauen	Verdienst der Frauen in Relation zum Verdienst der Männer	Männer	Frauen	Verdienst der Frauen in Relation zum Verdienst der Männer
	DM		%	DM		%
Produzierendes Gewerbe	4 727	3 406	72	7 011	5 007	71
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4 628	(3 362)	(73)	6 237	4 412	71
Verarbeitendes Gewerbe	4 741	3 403	72	7 026	5 046	72
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 594	3 362	73	6 559	4 728	72
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	4 568	3 092	68	6 308	4 270	68
Getränkeherstellung	4 496	3 503	78	6 625	5 006	76
Tabakverarbeitung	5 132	4 226	82	7 361	5 681	77
Textil- und Bekleidungsgewerbe	4 083	2 914	71	6 651	4 513	68
Textilgewerbe	4 107	2 994	73	6 770	4 516	67
Bekleidungsgewerbe	(3 293)	2 737	(83)	(6 183)	4 508	(73)
Ledergewerbe	3 326	2 723	82	5 561	3 781	68
Herstellung von Schuhen	3 339	2 765	83	5 632	3 768	67
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	4 210	3 148	75	6 314	4 038	64
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4 722	3 412	72	6 681	4 710	70
Papiergewerbe	4 525	3 160	70	7 019	4 865	69
Verlagsgewerbe	5 908	4 367	74	6 222	4 669	75
Druckgewerbe	4 942	3 695	75	6 419	4 439	69
chemische Industrie	5 328	3 905	73	7 505	5 827	78
Herstellung von chemischen Grundstoffen	5 538	4 290	77	7 520	5 868	78
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4 425	3 161	71	6 538	4 444	68
Herstellung von Gummiwaren	4 767	4 054	85	6 823	4 736	69
Herstellung von Kunststoffwaren	4 292	3 080	72	6 466	4 405	68
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4 712	3 330	71	6 723	4 810	72
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 474	3 510	78	6 540	4 469	68
Metallerzeugung und -bearbeitung	4 830	3 620	75	7 068	4 976	70
Herstellung von Metallerzeugnissen	4 328	3 497	81	6 364	4 330	68
Maschinenbau	4 719	3 506	74	6 771	4 716	70
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	4 472	3 504	78	6 850	4 688	68
Fahrzeugbau	5 102	4 182	82	7 658	5 612	73
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5 113	4 194	82	7 743	5 640	73
sonstiger Fahrzeugbau	4 850	3 977	82	6 811	5 306	78
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonst. Erzeugnissen; Recycling	4 132	3 248	79	6 233	4 054	65
Energie- und Wasserversorgung	5 215	4 073	78	6 755	4 966	74
Energieversorgung	5 363	4 120	77	6 879	5 108	74
Wasserversorgung	4 592	(3 440)	(75)	5 735	3 990	70
Baugewerbe	4 538	-	X	7 140	4 281	60

Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste 1999 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsbereich Wirtschaftszweig	Arbeiter/-innen		Angestellte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Produzierendes Gewerbe	1,9	2,6	2,2	2,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3,5	(10,1)	1,3	1,3
Verarbeitendes Gewerbe	2,2	2,6	2,2	2,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	3,1	1,8	1,1	0,5
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	2,7	2,9	0,4	-2,7
Getränkeherstellung	3,3	1,2	0,9	2,9
Tabakverarbeitung	4,6	1,9	7,9	7,8
Textil- und Bekleidungs-gewerbe	3,9	3,1	4,4	5,2
Textilgewerbe	3,9	3,9	4,3	5,6
Bekleidungs-gewerbe	(0,3)	0,9	(4,2)	4,7
Ledergewerbe	3,1	1,6	4,5	-0,3
Herstellung von Schuhen	3,0	1,6	4,4	-1,2
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2,8	3,6	4,3	3,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3,2	2,7	2,0	3,1
Papiergewerbe	3,6	2,4	1,6	3,1
Verlags-gewerbe	3,9	5,2	2,0	3,8
Druck-gewerbe	1,5	2,2	3,2	0,3
chemische Industrie	2,3	1,4	2,5	3,1
Herstellung von chemischen Grundstoffen	2,7	2,4	2,8	3,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2,3	2,9	2,4	1,9
Herstellung von Gummiwaren	4,5	6,2	2,6	3,7
Herstellung von Kunststoffwaren	1,3	2,9	2,5	1,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3,6	3,4	2,4	3,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,3	3,4	1,8	2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	1,0	7,2	1,7	2,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	1,6	2,9	2,0	2,4
Maschinenbau	1,3	0,9	2,5	2,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	3,1	2,9	2,0	1,7
Fahrzeugbau	2,6	4,1	1,8	3,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2,6	4,1	2,1	4,0
sonstiger Fahrzeugbau	3,1	3,8	0,1	2,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonst. Erzeugnissen; Recycling	-0,1	1,2	2,6	1,8
Energie- und Wasserversorgung	3,2	2,9	2,4	3,7
Energieversorgung	3,0	3,5	2,5	3,8
Wasserversorgung	4,8	(-5,3)	2,3	3,2
Baugewerbe	-0,2	-	3,1	2,7

Der Bruttoverdienst umfasst alle Beträge, die vom Arbeitgeber in jeder Gehaltsabrechnungsperiode gezahlt werden, das ist das tariflich oder frei vereinbarte Gehalt der Angestellten bzw. der Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich tariflicher oder außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Dazu rechnen auch monatlich gezahlte Umsatzprovisionen, Kostenersatz und Zuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte des Arbeitnehmers sowie der steuerliche Wert von Naturalleistungen (beispielsweise Kost und Unterkunft). Nicht zum Bruttoverdienst gehören alle Beträge, die nicht oder nicht ausschließlich der Arbeitstätigkeit in der Erhebungsperiode zuzurechnen sind, z. B. Nachzahlungen sowie alle einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschlussprämien, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht regelmäßig gezahlte vermögenswirksame Leistungen. Nicht berücksichtigt werden außerdem Spesenersatz, Trennungsschadigungen, Auslösungen und ähnli-

che Zahlungen. Dagegen sind solche Sonderzahlungen einzubeziehen, die laufend in monatlichen Teilbeträgen gezahlt werden.

Löhne und Gehälter von Frauen etwas stärker gestiegen als die von Männern

Im Folgenden werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe für das Jahr 1999 dargestellt, und zwar differenziert nach Arbeiterinnen bzw. Arbeitern und Angestellten sowie nach dem Geschlecht. Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung für die einzelnen Erhebungsmonate, untergliedert nach Leistungsgruppen, können den vierteljährlich erscheinenden statistischen Berichten (Kennziffer N I 1) entnommen werden.

Der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters im produzierenden Gewerbe insgesamt lag mit 4 727 DM im Jahr 1999 um 1,9 % über dem Niveau des Vorjahres.

Arbeiterinnen verdienten mit 3 406 DM im Mittel 2,6 % mehr als im Jahr zuvor. Bei den Angestellten bezogen die Männer mit 7 011 DM ein um 2,2 % höheres Monatsgehalt als im Vorjahr, die Frauen erhielten mit 5 007 DM durchschnittlich 2,6 % mehr als im Jahr 1998.

Den höchsten Monatslohn erhielten 1999 die Arbeiterinnen (4 367 DM) und Arbeiter (5 908 DM) im Verlagsgewerbe. In diesem Wirtschaftszweig erreichten auch die Lohnsteigerungen mit 5,2 % für die Frauen und 3,9 % für die Männer besonders hohe Werte. Ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt lag das Lohnniveau der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Energieversorgung (Frauen 4 120 DM; Männer 5 363 DM), in der chemischen Industrie (Frauen 3 905 DM; Männer 5 328 DM), im Fahrzeugbau (Frauen 4 182 DM; Männer 5 102 DM) und in der Tabakverarbeitung (Frauen 4 226 DM; Männer 5 132 DM).

Das durchschnittliche Monatsgehalt der Angestellten war 1999 sowohl bei den Frauen (5 827 DM) als auch bei den Männern (7 505 DM) in der chemischen Industrie am höchsten. Die Verdienststeigerungen lagen

hier etwas über dem Durchschnitt (Frauen +3,1 %; Männer +2,5 %). Ein deutlich überdurchschnittliches Gehaltsniveau erzielten auch die angestellten Frauen (5 612 DM) und Männer (7 658 DM) im Fahrzeugbau.

Frauen erhalten rund 70 % des Verdienstes von Männern

Die Verdienste der Frauen erreichten 1999 im produzierenden Gewerbe insgesamt für die Arbeiterinnen 72 % des Lohnes der Männer und für die angestellten Frauen 71 % des Gehaltes der männlichen Kollegen. Den geringsten Verdienstabstand zu den männlichen Kollegen hatten die Arbeiterinnen in der Herstellung von Gummiwaren. In diesem Wirtschaftszweig betrug der Durchschnittslohn der Frauen 85 % des Lohnes der Männer. Bei den im Angestelltenverhältnis Beschäftigten war der Verdienstabstand der Frauen in der chemischen Industrie am kleinsten. Hier erreichten die Frauen 78 % des Gehaltsniveaus der Männer.

Anteil der Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen an der Arbeitnehmerzahl des produzierenden Gewerbes insgesamt 1999

Wirtschaftsbereich Wirtschaftszweig	Arbeitnehmer insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Arbeiter/-innen		Angestellte		Nachrichtlich: Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern insgesamt in %
			Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	Anteil in %		Anteil in %				
Produzierendes Gewerbe	100	0,0	100	100	100	100	16
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,8	(1,4)	1,0	(0,1)	0,7	0,7	8
Verarbeitendes Gewerbe	87,5	0,1	84,8	99,4	89,5	90,6	17
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4,5	2,0	4,1	7,0	4,3	5,6	22
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	2,0	4,1	1,8	4,4	1,6	2,4	27
Getränkeherstellung	2,0	1,3	1,8	1,4	2,5	2,9	17
Tabakverarbeitung	0,4	(-4,1)	0,4	1,2	0,3	0,3	26
Textil- und Bekleidungsindustrie	1,5	-1,3	1,0	5,9	0,9	2,1	43
Textilgewerbe	1,2	1,3	1,0	4,1	0,7	1,2	35
Bekleidungsindustrie	0,3	(-11,0)	(0,0)	1,8	(0,2)	0,9	77
Ledergewerbe	1,8	-3,2	1,0	10,6	1,1	1,6	52
Herstellung von Schuhen	1,6	-2,3	0,9	9,1	1,0	1,3	51
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2,6	-1,6	3,1	2,1	1,5	1,6	12
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	5,1	1,3	4,5	7,3	4,7	9,2	26
Papiergewerbe	3,1	3,1	3,2	4,5	2,5	3,4	20
Verlagsgewerbe	1,0	5,8	0,4	0,5	1,3	4,6	44
Druckgewerbe	1,1	-7,1	0,9	2,3	0,9	1,2	26
chemische Industrie	20,1	-3,2	15,1	9,2	32,4	30,1	16
Herstellung von chemischen Grundstoffen	15,0	-4,9	11,8	3,4	25,4	18,1	12
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6,8	3,6	8,2	7,5	4,1	4,4	14
Herstellung von Gummiwaren	1,7	2,6	2,3	0,6	0,8	0,5	6
Herstellung von Kunststoffwaren	5,2	3,9	5,9	6,9	3,3	3,9	17
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6,5	-2,1	7,0	5,0	5,8	6,5	14
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	10,3	1,7	11,9	10,5	7,4	7,1	14
Metallerzeugung und -bearbeitung	2,7	-1,9	3,4	1,0	1,8	1,5	8
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,6	3,1	8,4	9,4	5,5	5,6	16
Maschinenbau	10,1	0,8	10,0	6,1	11,9	9,2	12
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	5,0	2,3	3,4	14,0	6,2	4,8	29
Fahrzeugbau	10,0	3,2	12,4	7,9	6,7	4,7	10
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	9,5	2,7	11,9	7,5	6,1	4,3	10
sonstiger Fahrzeugbau	0,5	(14,0)	0,5	0,4	0,6	0,4	12
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonst. Erzeugnissen; Recycling	3,1	-2,2	3,0	6,1	2,2	3,4	25
Energie- und Wasserversorgung	3,1	-0,2	2,3	0,5	5,5	4,6	14
Energieversorgung	2,7	-0,7	1,9	0,5	4,9	4,0	14
Wasserversorgung	0,5	(3,1)	0,4	(0,0)	0,6	0,6	11
Baugewerbe	8,5	-0,9	11,9	-	4,3	4,1	4

Der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern beträgt 1999 für das produzierende Gewerbe insgesamt 16 %. Für die als Arbeiterin bzw. Arbeiter Beschäftigten errechnet sich ein Frauenanteil von rund 13 %, von den Angestellten waren etwas mehr als ein Drittel Frauen. Die höchsten Frauenanteile hatten das Ledergewerbe (52 %), das Textil- und Bekleidungsgewerbe (43 %) und das Verlagsgewerbe (44 %).

Sowohl beim Querschnittsvergleich der Verdienste zwischen den Branchen als auch bei der Analyse der zeitlichen Entwicklung der Verdienste innerhalb eines Wirtschaftszweiges ist zu beachten, dass die dargestellten Verdienstgrößen gewichtete Durchschnittswerte sind. Beispielsweise werden die Arbeitnehmer nach (in diesem Beitrag nicht dargestellten) Leistungsgruppen erhoben. Die Anteile der jeweiligen Leistungsgruppen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer und damit deren Gewichte im Durchschnittsverdienst sind zwischen den Branchen verschieden und ändern sich auch im Zeitablauf. Ein relativ hohes Verdienstniveau in einer Branche kann darin begründet sein, dass die höheren und damit besser entlohnten Leistungsgruppen stärker besetzt sind oder dass die Verdienste in

den einzelnen Leistungsgruppen überdurchschnittlich sind oder dass beides zutrifft.

Für die zeitliche Entwicklung der Verdienste im produzierenden Gewerbe insgesamt ist maßgeblich, wie sich das Verdienstniveau in den einzelnen Wirtschaftszweigen entwickelt und wie sich deren Gewicht, gemessen an der Arbeitnehmerzahl, ändert. Beispielsweise lagen 1999 die Monatsverdienste in der chemischen Industrie deutlich über dem Durchschnitt. Auch die Verdienstzuwächse in den maßgeblichen Arbeitnehmergruppen waren überdurchschnittlich. Dies wirkt positiv auf das Verdienstniveau im produzierenden Gewerbe insgesamt. Allerdings nahm der Anteil der in der chemischen Industrie Beschäftigten im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % ab, sodass das Gewicht der chemischen Industrie sinkt, was eine negative Wirkung auf das Verdienstniveau im produzierenden Gewerbe insgesamt hat. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass die Analyse auf den hochgerechneten Arbeitnehmerzahlen der laufenden Verdiensterhebung beruht.

Dr. Hans Herbert Krieg

Strombilanz 1998 für Rheinland-Pfalz

Die Strombilanz des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 1998 weist das Aufkommen von Strom nach Primärenergieträgern und die Stromverwendung nach Verbrauchergruppen detailliert nach. Sie zeigt somit die komplexen Verflechtungen der Umwandlung der Primärenergieträger wie Wasserkraft, Gas, Kohle oder Öl in den Sekundärenergieträger Strom als eine Energieform bis hin zum Strombezug der einzelnen Verbrauchergruppen.

Der Berichtskreis der statistischen Erhebungen, deren Ergebnisse in die Strombilanz eingehen, erstreckt sich auf alle öffentlichen Energieversorgungsunternehmen, die in Rheinland-Pfalz ein Versorgungsnetz unterhalten oder Kraftwerke betreiben (öffentliche Versorgung). Diese Daten werden durch entsprechende Zahlen aus dem Bereich des verarbeitenden Gewerbes zu einer Gesamtbilanz ergänzt. In den Kraftwerkseigenanlagen der Industrieunternehmen wird Strom erzeugt, der ganz oder teilweise den Strombedarf der Unternehmen deckt. Der überschüssige Strom wird in das Netz der öffentlichen Versorgung eingespeist. Außerdem geben noch eine Vielzahl von kleineren Wasserkraftwerken und andere dezentrale Stromerzeugungsanlagen, die im Rahmen der amtlichen Statistik nicht berichtspflichtig sind, Strom an das öffentliche Netz ab. Dies wird in der Bilanz als sonstige Einspeisung bezeichnet.

Auf der Aufkommenseite der Strombilanz werden zunächst die mit Hilfe der Primärenergieträger erzeugten Strommengen dargestellt. Als Primärenergieträger bezeichnet man Energierohstoffe in ihrer natürlichen Form vor ihrer technischen Umwandlung in Energie (z. B. Gas, Kohle, Öl) sowie nukleare Brennstoffe, Wasserkraft oder Sonnenenergie. Aus ihnen wird direkt oder durch Umwandlung Energie gewonnen. Sekundärenergie hingegen wird definiert als die durch Umwandlung aus Primärenergie entstandene Energieform (u. a. elektrische Energie). Die in einer bestimmten Zeit erzeugte, übertragene, gelieferte, bezogene oder verbrauchte elektrische Energie bezeichnet man als elektrische Arbeit. Sie wird gemessen in Kilowattstunden (kWh), wobei 1 Mill. kWh einer Gigawattstunde (GWh) entsprechen.

Rheinland-Pfalz stark abhängig von überregionaler Stromerzeugung

An der Stromerzeugung durch die öffentlichen Energieversorgungsunternehmen und die Eigenanlagen des verarbeitenden Gewerbes mit einer Leistung von mehr als 1 000 Kilovoltampere (kVA) im Jahr 1998 in Höhe von 8 723 GWh hatte Gas allein einen Anteil von 62,5 %, gefolgt von Kohle mit 19,8 % und Wasserkraft mit 11,3 %. Heizöl kam dagegen nur auf 0,7 % und die übrigen Energieträger, wie z. B. Windkraft, Solarenergie oder Müll, auf zusammen 5,8 %. Rechnet man die Strommenge der Stromerzeugungsanlagen der Industrie, deren Leistung unter 1 000 kVA liegt, in Höhe von 15 GWh hinzu, ergibt sich eine Stromerzeugung von insgesamt 8 738 GWh. Die Stromerzeugung sonstiger Einspeiser kann im Rah-

men der Bilanz nicht berücksichtigt werden. Bei diesen Erzeugern wird lediglich die an das öffentliche Netz abgegebene Menge erfasst (233 GWh).

Die öffentliche Nettostromerzeugung, die sich durch Subtraktion des Eigenverbrauchs und des Pumpstromverbrauchs der öffentlichen Kraftwerke von deren Bruttostromerzeugungsmenge ergibt, betrug 6 476 GWh. Der Kraftwerkseigenverbrauch (287 GWh) ist die elektrische Arbeit, die von Erzeugern und Umwandlungsbetrieben für den Betrieb ihrer Neben- und Hilfsanlagen verbraucht wird. Der in Rheinland-Pfalz derzeit nicht vorkommende Pumpstromverbrauch stellt die elektrische Arbeit dar, die in einem Pumpspeicher-Wasserkraftwerk zur Förderung des Speicherwassers aus dem Unterbecken in das Oberbecken verbraucht wird, inklusive des Eigenverbrauchs beim Pumpbetrieb.

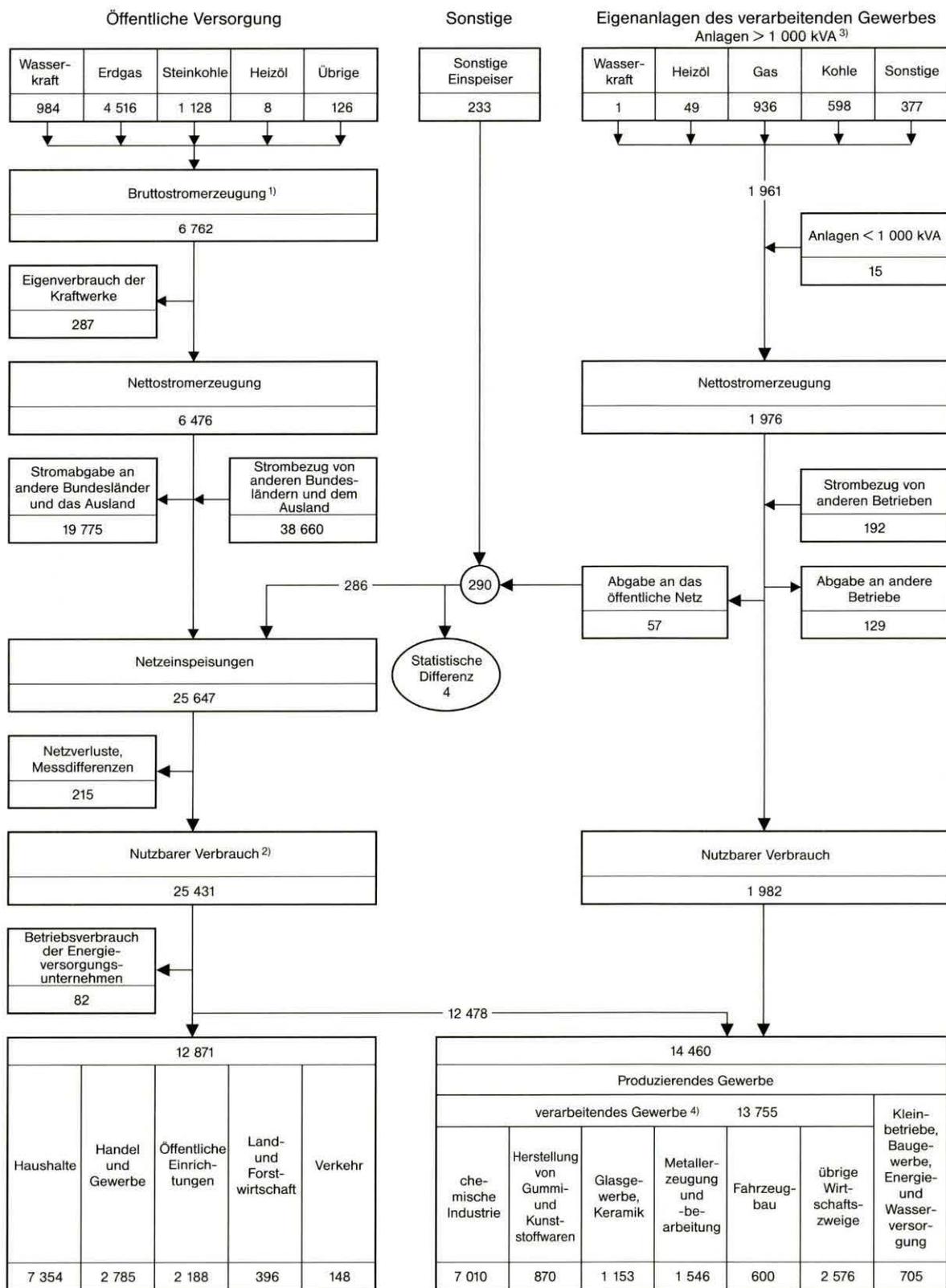
Die Strombilanz zeigt auch, dass die in Rheinland-Pfalz durch die öffentlichen Kraftwerke produzierte Strommenge bei weitem nicht zur Befriedigung der Nachfrage im Land ausreicht. Der Hauptbedarf an Energie muss durch den Strombezug aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland gedeckt werden. Mit ihrer Nettostromerzeugung sicherten die öffentlichen Kraftwerksbetreiber lediglich 25,3 % der in das öffentliche Netz eingespeisten Strommenge. Im Jahr 1997 lag dieser Anteil mit 18,5 % (4 637 GWh) noch niedriger.

Der Saldo aus Strombezug und Stromabgabe über die Landesgrenzen hinweg belief sich auf insgesamt 18 885 GWh. Dies bedeutet, dass von der gesamten Netzeinspeisung durch öffentliche Versorger in Höhe von 25 647 GWh (nutzbarer Verbrauch von 25 431 GWh einschließlich Netzverluste und Messdifferenzen von 215 GWh) allein 73,6 % aus anderen Bundesländern oder dem Ausland bezogen wurden. 1997 betrug dieser Anteil noch 80,7 %. Der Anteil der durch die Eigenanlagen des verarbeitenden Gewerbes und sonstige Einspeiser in das öffentliche Netz eingespeisten Strommenge war mit 1,1 % unbedeutend.

Die Nettostromerzeugung der Eigenanlagen des verarbeitenden Gewerbes betrug insgesamt 1976 GWh. Das war etwas weniger als ein Drittel der Nettostromerzeugung der öffentlichen Kraftwerksbetreiber. Hiervon wurden nur 57 GWh an das öffentliche Netz abgegeben. Dies entsprach lediglich rund einem Viertel der von sonstigen Einspeisern einfließenden Menge.

Die Netzverluste, die in der Elektrizitätsbilanz ausgewiesen und dort von den Netzeinspeisungen subtrahiert werden, betreffen die elektrische Energie, die bei der Übertragung im Netz verloren geht, wobei ein großer Posten der Stromwärmeverlust ist. Der Eigenverbrauch der Zähler und Messwandler wird ebenfalls den Netzverlusten zugerechnet. Die Netzverluste konnten allerdings dank Übergang auf immer höhere Spannungen im Netz und viele andere technische Maßnahmen verringert werden und machten nur noch einen Anteil von 0,8 % an den Einspeisungen ins öffentliche Netz aus.

Strombilanz für Rheinland-Pfalz 1998 (Angaben in Gigawattstunden)



Datenquellen: 1) Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung. – 2) Erhebung über Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. – 3) Erhebung über Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. – 4) Monatsbericht für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 43/2000

Produzierendes Gewerbe größter Stromabnehmer

Die Strombilanz weist neben den Netzeinspeisungen auch den letztlich nutzbaren Verbrauch aus. Das ist der Teil der Endenergie, der beim Verbraucher nach der letzten Umwandlung tatsächlich für den jeweiligen Nutzungszweck zur Verfügung steht.

Bei den Eigenanlagen des verarbeitenden Gewerbes resultierte der nutzbare Stromverbrauch in Höhe von 1982 GWh aus der Nettostromerzeugung und dem Saldo aus Strombezug von anderen Betrieben (192 GWh) und Stromabgabe an andere Betriebe (129 GWh) abzüglich der bereits erwähnten Abgabe an das öffentliche Netz (57 GWh).

Von der nutzbaren Stromverbrauchsmenge in Rheinland-Pfalz in Höhe von 27 413 GWh verblieben im Jahr 1998 nach Abzug des Betriebsverbrauchs der Energieversorgungsunternehmen 27 331 GWh für die Endverbraucher. Bei dem in den Versorgungsunternehmen anfallenden Stromverbrauch handelt es sich um den

Verbrauch in betriebseigenen Einrichtungen, wie z. B. Verwaltungsgebäuden, Werkstätten, Schalt- und Umspannanlagen für Licht, Heizung, Heizwasserumwälzpumpen oder Kühlung. Er floss in die Strombilanz für 1998 mit einem Wert von 82 GWh ein.

Von der nutzbaren Strommenge beanspruchte das produzierende Gewerbe als größter Stromabnehmer 52,9%, gefolgt von den Haushalten mit 26,9%, dem Handel und Gewerbe mit 10,2%, den öffentlichen Einrichtungen mit 8%, der Land- und Forstwirtschaft mit 1,4% und schließlich dem Verkehr mit 0,5%. Am Stromverbrauch des produzierenden Gewerbes hatte von den in der Strombilanz aufgeführten Wirtschaftszweigen die chemische Industrie mit 48,5% den größten und der Fahrzeugbau mit 4,1% den niedrigsten Anteil. Der Stromverbrauch der Wirtschaftsbereiche Kleinbetriebe, Baugewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung machte mit 705 GWh zusammen 4,9% des Verbrauchs im produzierenden Gewerbe aus.

Diplom-Ökonom Peter Lübbers

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 025	4 025	4 025
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 876	1 814	2 245	608 ^p	826 ^p	1 207 ^p	2 267 ^p	581 ^p	1 213 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	6,6	1,8 ^p	2,7 ^p	3,6 ^p	6,6 ^p	1,7 ^p	3,8 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 473	3 303	3 182	2 448 ^p	2 986 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	9,3	7,2 ^p	9,7 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	3 835	3 458 ^p	3 935 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	11,2	10,1 ^p	12,7 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	14	19	12 ^p	9 ^p
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,2	4,3	5,7	4,2 ^p	3,3 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 128	- 256	- 653	- 1 010 ^p	- 949 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,8	- 1,9	- 3,0 ^p	- 3,1 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	8 808	8 423	7 278	9 013
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	8 988	7 496	6 474	9 618
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	- 180	927	804	- 605
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 861	13 867	16 554	11 913	10 955	13 831
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	157 917	164 658	164 501	142 886	149 027	156 049	154 142
Männer	Anzahl	94 978	88 177	89 208	94 039	94 663	76 701	82 031	87 397	86 511
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 360	9 021	9 621	10 896	11 009	6 457	7 825	9 186	...
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	47 300	49 651	50 293	40 632	42 874	45 456	...
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,2	8,8	8,8	9,2	9,2	7,8	8,2	8,5	8,4
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	10,3	9,7	9,8	10,2	10,2	8,7	9,1	9,5	9,4
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	21 172	26 625	29 566	21 778	23 049	27 982	30 705
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	700	799	544	703	889	795	640	719	...
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	4 873	5 123	5 460	6 059	5 667	5 866	...
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	3 528	6 112	6 472	3 353	3 212	3 831	4 746
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	12 943	12 389	12 982	12 808	11 353	14 229	13 267	12 303	12 056
Kälber	t	3 348	3 196	3 717	3 327	2 830	4 146	3 719	3 026	3 240
Schweine	t	33	28	53	19	21	38	58	21	21
	t	9 453	9 045	9 058	9 374	8 427	9 906	9 320	9 163	8 716
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	60 451	62 555	56 513	57 785	61 567	63 286	60 035
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1000	15 626	15 581	15 584	14 181	13 803	14 349	14 497	14 199	12 978
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 277	2 258	2 259	2 293	2 293	2 315	2 311
Beschäftigte	1000	312	312	312	309 ^f	309	307	306	302	302
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	201	200	200	198	198	196	195	192	192
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	24 662	25 886 ^f	24 937 ^f	27 381 ^f	24 672 ^f	25 327	26 313
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 763	1 566 ^f	1 536 ^f	2 301 ^f	1 698 ^f	1 595	1 565
Löhne	Mill. DM	901	913	937	836 ^f	811 ^f	1 191 ^f	904 ^f	835	821
Gehälter	Mill. DM	779	798	826	730 ^f	724	1 110 ^f	794	759	744
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	9 226	8 201 ^f	8 710 ^f	10 126 ^f	10 008 ^f	8 293	9 750
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	3 712	3 385 ^f	3 553 ^f	4 154 ^f	4 178 ^f	3 390	3 893
Exportquote ¹¹⁾	%	41,8	40,9	40,2	41,3	40,8 ^f	41,0 ^f	41,7 ^f	40,9	39,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	6 673	4 311	3 525	.	.	.	2 575 ^r	.	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	8 680	9 686	10 398	.	.	.	10 843 ^r	.	.
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000t	71	65	72	.	.	.	74	.	.
davon										
leichtes Heizöl	1 000t	37	33	40	.	.	.	43	.	.
schweres Heizöl	1 000t	34	32	32	.	.	.	31	.	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 067	1 119 ^r	1 084 ^r	1 215 ^r	1 136 ^r	1 169	1 187
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	161	170 ^r	170	204 ^r	186	167	168
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	409,90	563,52	640,64	734,67	683,31	619,49	560,77
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	74,46	81,99	121,38	130,20	99,42	78,15	70,06
übrige Energieträger	Mill. kWh	355,44	481,53	519,26	604,47	583,90	541,34	490,72
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,52	23,90	23,80	28,71	25,87	28,12	27,22
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386,38	539,63	616,84	705,96	657,44	591,36	533,55
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	73,25	80,78	119,64	128,57	97,89	76,84	68,56
Laufwasser	Mill. kWh	72,65	79,92	118,29	127,08	96,13	76,57	66,28
Speicherwasser	Mill. kWh	0,60	0,86	1,35	1,49	1,76	0,27	2,27
Windenergie	Mill. kWh	0,10	0,15	0,26	0,40	0,28	0,16	0,55
Solarenergie	Mill. kWh	0,02	0,03	0,01	0,02	0,02	0,01	0,01
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	79,87	82,34	98,13	90,40	82,12	83,83	93,39
Erdgas	Mill. kWh	217,08	365,99	388,55	471,39	465,82	417,40	355,01
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	0,31	0,89	0,46	0,26	0,68
Müll	Mill. kWh	9,02	8,83	9,07	13,39	10,26	12,50	14,98
Klärgas	Mill. kWh	1,10	0,84	0,86	0,87	0,56	0,30	0,32
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,07	0,06	0,02	0,04	0,03	0,07	0,07
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	12,14	23,80	34,22	33,52	31,11	30,18	49,00
Saldo des Stromaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 686,03	1 573,80	1 718,82	1 621,16	1 507,25	1 717,64	1 868,32
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 084,56	2 137,23	2 369,88	2 360,64	2 195,80	2 339,18	2 450,88
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	1,75	0,34	1,73	0,09	0,41
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412,34	5 625,12	7 891,89	7 786,21	7 605,33	7 603,98	8 075,20
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 368,83	5 616,92	7 852,43	7 767,28	7 721,90	7 601,60	8 036,03
Handwerk⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	100	100	.	.	.	96	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	97	100	111	.	.	.	117	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	47 795	46 465	45 948	48 170	47 825	46 702	46 324
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	24 263	23 642	23 403	25 558	25 148	24 434	24 341
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	8 979	8 425	8 291	8 493	8 460	8 144	8 034
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	4 754	4 887	3 521	3 591	3 137	4 949	3 970	3 521	4 230
Hochbau insgesamt	1000	3 038	3 163	2 341	2 446	2 173	3 086	2 494	2 305	2 653
Wohnungsbau	1000	1 967	2 188	1 586	1 678	1 438	2 060	1 627	1 524	1 726
gewerblicher Hochbau	1000	798	741	603	599	579	754	659	583	681
gewerblicher und industrieller Bau	1000	730	701	585	573	564	734	638	571	659
Bahn und Post	1000	44	27	14	23	14	5	13	6	10
landwirtschaftlicher Bau	1000	24	14	4	3	1	15	8	6	12
öffentlicher Hochbau	1000	274	234	152	169	156	272	208	198	246
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1000	66	49	38	41	38	83	52	48	52
Körperschaften des öffentl. Rechts	1000	208	185	114	128	118	189	156	150	194
Tiefbau insgesamt	1000	1 716	1 725	1 180	1 145	964	1 863	1 476	1 216	1 577
gewerblicher Tiefbau	1000	448	467	356	307	320	488	421	381	507
gewerblicher und industrieller Bau	1000	361	372	280	242	249	332	251	232	318
Bahn und Post	1000	88	95	76	65	71	156	170	149	189
öffentlicher Tiefbau	1000	565	589	389	388	305	657	503	390	514
Straßenbau	1000	703	669	435	450	339	718	552	445	556
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	197	170	155	238	212	177	174
Löhne	Mill. DM	154	151	149	127	111	180	161	131	130
Gehälter	Mill. DM	46	46	49	44	44	58	51	45	44
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	823	486	414	817	868	572	509

1) Vierteljahresergebnisse (März=1.Vj., Juni=2.Vj. usw.), Jahr=Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³=35,169 MJ=9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 009	1 048	686	901	811
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	510	689	586
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	103	137	161
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	73	75	64
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 117	1 135	739	995	829
Wohnfläche	1 000 m ²	197	199	136	176	149
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	6 083	7 812	6 429
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	482	487	327	430	364
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	3	5	2
Unternehmen	Anzahl	146	159	169	137	125
Private Haushalte	Anzahl	860	885	514	759	684
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	184	200	148	191	186
Umbauter Raum	1 000 m ³	881	919	758	669	895
Nutzfläche	1 000 m ²	143	157	123	119	160
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	192	190	153	136	191
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	18	22	22
Unternehmen	Anzahl	155	170	124	162	158
Private Haushalte	Anzahl	11	9	6	7	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	1 391	1 852	1 435
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 571	2 949	3 201	3 241	3 841	3 520
EU-Länder	Mill. DM	1 954	2 019	1 474	1 942	1 920	2 189	2 002
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	232	246	174	184	226	249	245
Dänemark	Mill. DM	59	58	39	57	55	59	47
Finnland	Mill. DM	28	29	14	20	25	23	27
Frankreich	Mill. DM	464	483	370	514	466	519	458
Griechenland	Mill. DM	27	27	17	23	24	31	27
Großbritannien	Mill. DM	294	293	227	302	281	324	306
Irland	Mill. DM	13	16	11	19	15	16	27
Italien	Mill. DM	246	248	152	238	267	330	269
Niederlande	Mill. DM	220	221	157	217	187	189	193
Österreich	Mill. DM	144	156	109	128	129	146	121
Schweden	Mill. DM	57	57	51	47	56	69	70
Spanien	Mill. DM	143	156	134	164	157	195	182
Portugal	Mill. DM	25	28	19	28	32	39	30
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	287	259	297	294	302
Japan	Mill. DM	83	72	72	65	84	89	83
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	506	373	358	477	504
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	278	269	306	368	293
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 650	2 575	2 100	2 362	2 604	2 379
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 686	1 672	1 251	1 491	1 611	1 423
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	253	325	387	183	288	258	162
Dänemark	Mill. DM	47	48	46	36	19	48	63
Finnland	Mill. DM	10	12	10	11	10	10	9
Frankreich	Mill. DM	374	390	451	277	416	368	405
Griechenland	Mill. DM	2	3	2	1	7	3	1
Großbritannien	Mill. DM	113	128	97	85	97	106	119
Irland	Mill. DM	20	21	20	11	12	14	15
Italien	Mill. DM	174	193	176	157	185	158	177
Niederlande	Mill. DM	253	289	201	323	222	353	254
Österreich	Mill. DM	81	96	82	40	105	75	69
Schweden	Mill. DM	49	48	49	24	15	64	23
Spanien	Mill. DM	115	106	134	82	88	130	103
Portugal	Mill. DM	25	27	15	20	27	23	22
USA und Kanada	Mill. DM	160	200	190	153	176	174	162
Japan	Mill. DM	83	88	93	75	74	76	78
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	175	161	154	186	160
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	205	216	220	293	294

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	95,9	92,8	92,7	92,3	92,4	89,8	89,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	109,0	104,6	104,7	100,9	101,2	97,2	95,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	117,1	84,0	80,9	103,2	118,6	83,8	87,9
Großhandel¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	98,7	97,5	97,2	98,1	97,8	96,5	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	102,5	87,5	90,0	121,5	113,2	92,2	...
Gastgewerbe¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	88,0	84,6	85,0	84,2	81,4	80,4	83,5
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	97,1	91,0	92,2	84,0	80,3	78,0	83,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	94,8	80,1	80,5	91,3	96,9	78,7	82,2
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	323	256	304	487	352	281	335
Ausländer	1000	101	107	74	45	67	94	72	53	67
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	1 045	795	942	1 314	1 066	863	950
Ausländer	1000	308	314	225	117	210	254	206	147	188
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 222	1 199	1 000	1 357	1 258	1 169	...
Güterversand	1000 t	803	703	579	545	490	794	755	698	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	13 102	14 526	13 353	15 401	16 092	13 846	18 136
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	183	513	646	224	229	397	976
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	11 679	12 820	11 701	13 829	14 600	12 357	15 970
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	951	879	702	1 059	935	821	806
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	180	220	196	148	150	153	213
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 225	1 289	1 132	1 441	1 413	1 231	1 286 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 007	8 110	8 961	7 954	8 100	10 028	9 882	7 568	8 693 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 025	2 016	1 693	1 765	1 602	1 931	1 919	1 687	1 719 ^P
Getötete	Anzahl	32	32	25	28	21	32	30	21	30 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	20	19	15	23	22	14	21 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	-	2	1	1	2	1	1 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	2	-	3	1	1	1	1	1 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	4	5	2	3	7	5	4	4 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	490	467	353	400	346	421	383	330	366 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	266	258	236	256	242	271	263	235	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	96	20	41	30	44	22	20	...
Radfahrer	Anzahl	56	47	11	25	19	28	19	12	...
Fußgänger	Anzahl	50	47	64	66	42	61	63	53	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	104	117	181	48	53	117	128
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	264 505	11 724	42 112	113 305	64 208
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	169 314	-	...	-	194 408	-	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	27 404	-	...	-	24 879	-	...
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	12 343	-	...	-	18 451	-	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	129 567	-	...	-	151 078	-	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	162 075	-	...	-	185 070	-	...
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	144 489	-	...	-	166 195	-	...
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	17 586	-	...	-	18 875	-	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	7 239	-	...	-	9 338	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	133 095	-	...	-	144 744	-	...
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	28 103	-	...	-	29 991	-	...
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	29 601	-	...	-	40 283	-	...
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	12 309	-	...	-	10 727	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	63 082	-	...	-	63 743	-	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	128 173	-	...	-	139 894	-	...
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	123 624	-	...	-	135 624	-	...
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	4 549	-	...	-	4 270	-	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	4 922	-	...	-	4 850	-	...
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	5 098	4 168	3 963	4 240	5 616	3 903	4 263
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	2 805	1 990	1 714	1 587	3 009	1 263	1 669
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	1 681	1 138	1 498	1 481	1 692	1 171	1 622
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	179	188	-	-	676	591	-	-	745
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	610 ^f	- 147	- 109	- 51	651	- 176	- 101
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	28	262	35	30	21	215	18
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	17	137	91	60	20	126	80
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	59	22	-	-	74	45	-	-	58
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	469	601	199	68	626	- 73	51
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	8	-	-	121	117	-	-	3
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	2 294	2 177	2 249	2 652	2 607	2 640	2 594
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	727	789	877	819	774	833	967
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 567	1 389	1 372	1 833	1 833	1 807	1 627
Zölle	Mill. DM	218	200	189	173	174	207	200	187	190
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	605	92	98	202	656	65	102
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	153	152	446	15	26	148	488	- 11	31
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	148	67	42	43	158	65	44
Landessteuern	Mill. DM	111	128	136	129	155	128	127	147	133
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	11	5	4	6	6	6	7
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	50	70	58	52	46	71	56
Biersteuer	Mill. DM	7	7	6	8	6	6	7	7	5

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	782	787	804	.	.	.	832 ^P	.	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	7	.	.	.	7 ^P	.	.
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	145	.	.	.	147 ^P	.	.
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	554	.	.	.	573 ^P	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	63	66	82	.	.	.	93 ^P	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	2 209	2 127	2 005	2 256	3 354	1 969	2 152
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	1 230	913	747	683	1 328	549	716
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	348	1 123	1 158	1 371	1 348	1 355	1 328
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	1 704	1 456	1 239	1 155	1 776	1 148	1 266
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	1 127	903	661	599	1 158	533	619
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	349	425	417	426	417	467	489
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 134	1 180	1 508 ^r	.	.	.	1 608	.	.
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	432	406	375	.	.	.	400	.	.
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	793	.	.	.	848	.	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	91	.	.	.	100	.	.
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	104,1	103,9	104,1	105,1	105,5	105,7	106,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	102,1	102,9	102,9	100,1	100,3	101,1	101,6
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	.	4 445
Arbeiter	DM	4 545	4 637	.	4 587
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	.	3 359
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	.	27,13
Arbeiter	DM	27,21	27,72	.	27,95
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	.	29,99
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	.	26,51
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	.	23,26
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	.	20,76
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	.	19,93
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	.	37,7
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	.	37,8
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	.	37,2
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	.	6 384
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	.	5 810
Männer	DM	6 601	6 701	.	6 694
Frauen	DM	4 624	4 753	.	4 783
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	.	6 829
Männer	DM	6 787	6 930	.	6 959
Frauen	DM	5 186	5 371	.	5 557
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	.	4 642
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	.	4 620
Männer	DM	5 147	5 210	.	5 253
Frauen	DM	3 874	3 933	.	4 009

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 051	82 029	82 049	82 037	82 034
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 231	34 785	22 955	40 893	12 361 ^P	33 609 ^P	23 259 ^P	42 249 ^P	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	67 681	65 420	60 742	61 871	60 907 ^P	61 044 ^P	60 607 ^P	61 085 ^P	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	71 032	70 041	77 734	76 486 ^P	65 043 ^P	71 019 ^P	72 524 ^P	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 4 018	- 5 612	- 9 299	- 15 863	- 15 579 ^P	- 3 999 ^P	- 10 412 ^P	- 11 439 ^P	...
Arbeitslose	1 000	4 384	4 279	3 946	4 197	4 455	3 883	3 901	4 047	4 293
Männer	1 000	2 342	2 273	2 053	2 252	2 441	1 980	2 006	2 134	2 330
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,4	11,1	10,2	10,9	11,5	9,9	10,0	10,3	11,0
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,7	12,3	11,3	12,0	12,8	11,0	11,1	11,5	12,2
Offene Stellen	1 000	337	422	364	345	395	431	412	402	435
Kurzarbeiter	1 000	183	118	108	107	145	90	90	85	101
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 416	6 405	6 435	6 400	6 376	6 386	6 381	6 350	6 322
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	563	492	505	544	560	499	508
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	196 973	192 667	163 034	205 968	215 569	209 367	179 217
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	65 234	64 051	53 931	70 098	74 600	73 302	63 610
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	116,0	106,0	95,4	118,2 ^f	122,6 ^f	112,8 ^f	103,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	113,8	96,5	99,7	119,4 ^f	122,7 ^f	107,8 ^f	106,5
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	122,5	129,0	88,9	121,1 ^f	128,0 ^f	132,4 ^f	101,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	123,0	97,3	96,2	117,1 ^f	123,2 ^f	97,4 ^f	106,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	107,9	97,8	94,7	110,0 ^f	112,8 ^f	101,4 ^f	94,2
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 084	44 558	45 701	45 928	41 521	44 297
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 403	33 823	37 490	35 422	33 757	36 196
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 221	1 156	1 163	1 129	1 062	1 134	1 124	1 095	1 028
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	122	84	81	128	121	90	74
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	19 416	19 547	10 214	19 698	20 299	20 420	10 365
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	16 546	20 707	18 078
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	14 836	19 185	16 659
Wohnfläche	1 000 m ²	3 639	3 521	3 104	3 568	3 140
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	3 280	3 627	3 222
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	34 903	37 251	33 795
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	108,3	124,2	91,1	106,6	110,5	125,4	89,5
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	103,7	101,4	88,2	108,5	112,3	111,8	91,4
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	87,3	95,6	81,4	102,1	87,5	94,1	80,2

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). - 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). - 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 8) Vorläufige Ergebnisse. - 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998		1999				2000	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 597	82 142	75 496	69 045	86 345	95 147	85 092	82 232
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 983	46 347	41 855	41 378	48 927	54 456	45 447	49 552
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 524	4 648	4 190	3 909	4 893	5 237	4 530	4 847
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 825	9 441	8 246	8 693	9 520	10 398	9 427	10 096
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 780	6 796	6 653	5 978	7 258	8 090	6 521	6 952
Italien	Mill. DM	5 421	5 878	6 137	5 015	5 457	6 310	7 285	5 928	6 416
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 576	5 251	5 017	4 737	5 525	6 289	5 444	5 802
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	69 017	66 325	69 907	60 342	74 940	78 942	77 210	77 038
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	37 670	35 883	37 580	32 679	39 534	41 707	40 003	40 915
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 870	3 879	3 771	2 771	4 235	3 942	4 304	3 948
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 410	7 550	7 644	6 997	7 599	8 167	7 366	7 466
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 724	4 244	5 203	3 644	5 439	5 561	5 534	5 321
Italien	Mill. DM	5 090	5 376	5 091	5 362	4 722	5 096	5 593	5 655	5 549
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 785	5 255	5 627	5 084	6 503	6 751	5 991	7 227
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	41 572	92 090	51 873	42 418	43 585	96 702	53 595
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	18 034	67 752	29 317	18 517	18 069	70 427	29 366
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	19 200	39 729	22 325	19 053	19 202	40 938	22 673
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	- 2 143	12 763	- 371	- 1 829	- 1 578	14 442	- 806
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	22 853	21 866	22 543	21 985	24 713	23 648	24 208
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	18 786	17 532	19 131	17 917	19 764	18 423	19 678
Zölle	Mill. DM	575	540	548	576	469 ¹	498	566	591	493
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	9 177	24 431	3 563	10 108	11 401	27 673	3 643
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 177	1 163	916	609	774	630	928	607	742
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	7 193	20 110	1 061	8 299	9 334	23 090	1 174
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	107,5	103,6	100,1	100,9	101,0	103,3	103,8	105,1	106,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	92,5	87,1	82,7	86,2	83,5	82,9	84,0	84,8	83,9 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,9	99,5	98,5	98,3	97,8	99,1	99,2	99,4	99,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	98,6	-	-	-	98,5	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	99,1	98,7	98,6	-	-	-	98,4	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	95,4	-	-	-	96,0	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,2	104,3	104,1	105,0	105,2	105,5	105,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	101,9	102,1	103,0	99,9	100,0	100,2	101,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	105,7	105,6	105,5	107,4	107,5	107,4	107,4
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	102,0	102,0	101,7	102,0	102,2	102,1	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	106,0	105,9	106,1	107,9	108,0	108,3	108,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	102,0	102,0	102,0	102,1	102,1	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,6	114,6	110,6	110,7	110,8	110,8	110,4
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	104,8	104,6	104,4	109,8	109,5	110,4	111,4
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	96,4	96,2	89,5	87,4	87,3	87,3	87,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	102,8	103,2	102,8	102,0	103,4	104,1	103,5
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	116,1	116,1	116,4	117,8	118,5	118,5	118,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	103,0	103,3	103,2	105,1	104,1	104,6	104,4
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	103,2	103,2	103,6	104,8	105,1	105,4	106,1

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Zwei aktualisierte Verzeichnisse erschienen:

Allgemein bildende Schulen und Kollegs in Rheinland-Pfalz

Das Verzeichnis „Allgemein bildende Schulen und Kollegs in Rheinland-Pfalz“ wurde aus der Schulstatistik 1999/2000 erstellt.

Es ist nach Schularten bzw. bei Grund-, Haupt- und Sonderschulen nach Schulformen gegliedert. Innerhalb der Schularten und -formen sind die Einrichtungen nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten bzw. Landkreisen und Schulsitzgemeinden geordnet.

Für jede Einrichtung sind folgende Angaben ausgewiesen:

Die amtliche fünfstellige Schulnummer, die Bezeichnung der Schule mit Anschrift und Telefon-, Faxnummer sowie E-Mail-Adresse, Angaben über den Schulträger, den Rechtsstatus und eine ggf. vorhandene Art der Betreuung. Außerdem wurden statistische Eckdaten über Klassen sowie Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Das Verzeichnis ist zum Preis von 17,70 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden von Rheinland-Pfalz in alphabetischer Reihenfolge

Das zuletzt mit Stand 1998 erschienene „Amtliche Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden von Rheinland-Pfalz in alphabetischer Reihenfolge“ entspricht in der jetzt vorliegenden aktualisierten Neuauflage dem Verwaltungsstand vom 1. Januar 2000. Berücksichtigt wurden somit die Landesgesetze über die Verwaltungsreform sowie die Beschlüsse des Ministeriums des Innern und für Sport, der Bezirksregierungen und der Kreisverwaltungen, die bis zu diesem Zeitpunkt in Kraft getreten sind. Demnach entfällt die bis zum 31. Dezember 1999 bestehende Gliederung des Landes in Regierungsbezirke.

Teil 1 des Verzeichnisses enthält die kreisfreien Städte und Landkreise. Teil 2 beinhaltet die Verbandsgemeinden und Teil 3 die Gemeinden. Der Anhang umfasst ein Verzeichnis der in der Zeit vom 1. Januar 1966 bis 1. Januar 2000 aufgelösten Gemeinden, das die Zuordnung aufgelöster Gemeinden zu den bestehenden Gemeinden ermöglicht. Neben den Namen der Gebietseinheiten ist die achtstellige systematische Gemeinde-schlüsselnummer aufgeführt.

Das Verzeichnis ist zum Preis von 5,50 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Die Inhalte beider Veröffentlichungen können auch auf Diskette zur Verfügung gestellt werden.

Bestellungen nimmt das Statistische Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, entgegen.
Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45, Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

kurz + aktuell

Statistik mit „elektronischem Fragebogen“ schneller und wirtschaftlicher

Für die neu eingeführte Pflegestatistik bietet das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz den Pflegeeinrichtungen als „elektronischen Fragebogen“ eine kostenlose Software an. Statt des üblichen Papierfragebogens können die Pflegeeinrichtungen ihre Daten ab sofort auch per Diskette an das Statistische Landesamt zurückschicken. Neben der Entlastung der Auskunftspflichtigen hat das Produkt den Vorteil, dass durch gezielte Abfragekontrollen bereits bei der Eingabe der Meldungen die übermittelten Daten eine wesentlich bessere Qualität aufweisen als die üblichen Meldebö-

gen. Damit können zeitaufwendige Rückfragen auf ein Minimum reduziert werden. Gleichzeitig liegen die Daten bereits in digitaler Form vor und können so ohne weiteren Erfassungsaufwand verarbeitet werden. Die Rücksendung ist weitgehend abgeschlossen.

Das aus zwei Disketten bestehende Softwarepaket wurde allen ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen angeboten und fand eine erfreuliche Resonanz. Mehr als die Hälfte der Einrichtungen forderte die Unterlagen an. Das neue Angebot der Auskunftübermittlung vereinfacht die Erhebung zur Pflegestatistik erheblich. Sowohl die Auskunftspflichtigen als auch die amtliche Statistik profitieren hiervon. he

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - März		Veränderung
	1999	2000	
	Mill. DM		%
Landessteuern	428,6	433,4	1,1
Vermögensteuer	15,2	19,6	29,2
Erbschaftsteuer	74,9	74,8	- 0,2
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	55,0	46,0	- 16,4
Kraftfahrzeugsteuer	198,6	197,5	- 0,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	57,1	69,0	20,9
Feuerschutzsteuer	8,4	7,4	- 12,1
Biersteuer	19,3	19,1	- 1,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	2 094,3	1 696,0	- 19,0
Lohnsteuer	1 314,7	1 378,2	4,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 74,7	- 96,8	X
Kapitalertragsteuer	143,8	104,1	- 27,7
Zinsabschlag	104,2	97,2	- 6,7
Körperschaftsteuer	606,2	213,4	- 64,8
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 088,3	1 243,4	14,3
Umsatzsteuer	862,0	924,4	7,2
Einfuhrumsatzsteuer	226,3	319,0	41,0
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	1,6	7,8	400,5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	0,8	3,7	350,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	2,4	11,9	400,5
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	0,6	2,9	400,5
Insgesamt	3 616,5	3 399,2	- 6,0

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im März 2000

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu März 1999 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,3	1,9
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,1	-1,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,6	1,9
Bekleidung, Schuhe	102,3	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	109,1	3,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,4	0,1
Gesundheitspflege	109,9	-
Verkehr	113,0	7,8
Nachrichtenübermittlung	84,5	-6,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	104,4	0,5
Bildungswesen	118,2	1,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	104,9	1,3
Andere Waren und Dienstleistungen	106,1	2,1
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	106,0	1,9
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	105,7	1,7
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	106,5	1,5
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,4	1,9

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.- 8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2000 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.